

Die Partei – Deutschland im Gleichgewicht – (DiG) steht für eine Politik, die sich klar in der Mitte der Gesellschaft positioniert und die Werte von Freiheit, Toleranz und sozialer Verantwortung vereint. In einer Zeit, in der die politischen Landschaften zunehmend polarisiert sind, möchten wir als DiG eine konstruktive und zukunftsorientierte Alternative zu den etablierten demokratischen Parteien wie CDU, SPD, FDP und den Grünen bieten. Unser Ziel ist es, eine Brücke zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu schlagen und einen Dialog zu fördern, der auf Verständnis und Zusammenarbeit basiert.

Die DiG setzt sich dafür ein, die Herausforderungen unserer Zeit mit einem pragmatischen und lösungsorientierten Ansatz anzugehen. Wir glauben an die Kraft der Mitte und an die Möglichkeit, durch eine ausgewogene Politik sowohl wirtschaftliche Stabilität als auch soziale Gerechtigkeit zu fördern. Dabei grenzen wir uns klar von extremen Positionen ab: Nach rechts hin distanzieren wir uns von der AfD, deren populistische und oft spaltende Rhetorik nicht mit unseren Werten vereinbar ist. Nach links hin nehmen wir Abstand von den Positionen der BSW und der Linken, die häufig auf eine Überregulierung und eine einseitige Umverteilung setzen, die nicht im Sinne einer nachhaltigen und dynamischen Gesellschaft sind.

Die DiG möchte eine Politik gestalten, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns für eine offene Gesellschaft ein, in der Vielfalt als Stärke angesehen wird und in der jeder die Möglichkeit hat, seine Potenziale zu entfalten. Unser Parteiprogramm ist ein Aufruf zur Mitgestaltung und zur aktiven Teilnahme an der politischen Diskussion. Gemeinsam mit Ihnen möchten wir die Zukunft Deutschlands positiv beeinflussen und eine Gesellschaft schaffen, die auf den Prinzipien der Freiheit, der Chancengleichheit und des respektvollen Miteinanders basiert.

Dieses Parteiprogramm wurde auf dem Gründungsparteitag am 31. Mai 2025 in Chemnitz einstimmig beschlossen.

Inhaltsübersicht

Wirtschaftspolitik

- 1.1 Förderung von Innovation und Digitalisierung
 - 1.2 Digitalisierung der Verwaltung
 - 1.3 Bildung und digitale Kompetenzen
 - 1.4 Infrastruktur für digitale Technologien
 - 1.5 Sicherheit in der digitalen Welt
 - 1.6 Internationale Zusammenarbeit
- 2. Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)
 - 2.1 Entbürokratisierung und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen
 - 2.2 Finanzielle Unterstützung und Zugang zu Kapital
 - 2.3 Förderung von Innovation und Forschung
 - 2.4 Aus- und Weiterbildung von Fachkräften
 - 2.5 Marktzugang und Exportförderung
 - 2.6 Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung
 - 2.7 Digitale Transformation
- 3. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
 - 3.1 Ökologische Verantwortung
 - 3.2 Wirtschaftliche Innovation
 - 3.3 Soziale Gerechtigkeit
 - 3.4 Internationale Zusammenarbeit
 - 3.5 Bürgerbeteiligung
- 4. Arbeitsmarktpolitik und Fachkräftesicherung
 - 4.1 Förderung von Bildung und Weiterbildung
 - 4.2 Attraktive Arbeitsbedingungen
 - 4.3 Integration von Zuwanderern
 - 4.4 Digitalisierung und neue Arbeitsmodelle
 - 4.5 Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
 - 4.6 Regionale Entwicklung und Mobilität

Finanzpolitik der DiG

- 2.1. Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau
- 2.2. Steuerpolitik: Entlastungen für Bürger und Unternehmen
- 2.3. Investitionen in Infrastruktur und Bildung
- 2.4. Transparenz und Effizienz in der öffentlichen Verwaltung

Asylpolitik der DiG

- 3.1. Humanitäre Verantwortung und Integration*
- 3.2. Effiziente Asylverfahren*
- 3.3. Zusammenarbeit mit Herkunftsländern*
- 3.4. Förderung von interkulturellem Austausch*

Innenpolitik der DiG

- 4.1. Stärkung der Bürgerrechte und –freiheiten*
- 4.2. Reform des politischen Systems*
- 4.3. Förderung der politischen Teilhabe*
- 4.4. Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen*

Außenpolitik der DiG

- 5.1. Stärkung der europäischen Zusammenarbeit*
- 5.2. Engagement für Menschenrechte und Demokratie weltweit*
- 5.3. Nachhaltige Entwicklung in der internationalen Zusammenarbeit*
- 5.4. Sicherheitspolitische Partnerschaften*

Rentenpolitik der DiG

- Einleitung*
- Ziele der Rentenpolitik*
- Reform der gesetzlichen Rentenversicherung*
- Ergänzende Altersvorsorgemodelle*
- Finanzierung und Nachhaltigkeit*
- Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Bekämpfung von Altersarmut*
- Generationengerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt*
- Implementierungsstrategien und Zeitrahmen*
- Schlussfolgerungen und Ausblick*

Familienpolitik der DiG

- 6.1. Unterstützung von Familien in verschiedenen Lebensformen*
- 6.2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf*
- 6.3. Förderung von Bildung und Erziehung*
- 6.4. Stärkung der sozialen Infrastruktur*

Agrarpolitik der DiG

- 7.1. Nachhaltige Landwirtschaft und Umweltschutz*
- 7.2. Unterstützung von regionalen Erzeugern*
- 7.3. Förderung von Innovationen in der Agrarwirtschaft*
- 7.4. Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung*

Verkehrspolitik der DiG

- 8.1. Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur*
- 8.2. Förderung nachhaltiger Mobilität*
- 8.3. Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs*
- 8.4. Verkehrssicherheit und Unfallverhütung*

Sicherheitspolitik der DiG

- 9.1. Stärkung der inneren Sicherheit*
- 9.2. Prävention von Extremismus und Kriminalität*
- 9.3. Zusammenarbeit von Polizei und Gemeinschaft*
- 9.4. Cyber-Sicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen*
- 9.5. Migration und Abschiebepolitik*
- 9.6. Verschärfung der Strafgesetze bei Gewalttaten*

Gesundheitspolitik der DiG

- 10.1 Präambel: Gesundheit als Grundrecht und Gemeinschaftsaufgabe*
- 10.2. Stärkung der Solidargemeinschaft*

- 10.3. Stärkung der Patientenrechte und Eigenverantwortung*
- 10.4. Modernisierung der Gesundheitsversorgung*
- 10.5. Stärkung der Pflege und des Pflegepersonals*
- 10.6. Fachkräftemangel im Gesundheitswesen bekämpfen*
- 10.7. Integration ausländischer Fachkräfte*
- 10.8. Anerkennung informeller Kompetenz*
- 10.9. Forschung und Innovation*
- 10.10. Psychische Gesundheit*
- 10.11. Europäische und internationale Zusammenarbeit*
- 10.12. Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen*
- 10.13. Fazit: Gesundheit als liberale und solidarische Aufgabe*

Umweltpolitik der DiG

- 11. Präambel: Nachhaltigkeit als liberale und solidarische Aufgabe*
- 11.2. Klimaschutz und Energiewende*
- 11.3. Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschutz*
- 11.4. Mobilität der Zukunft*
- 11.5. Naturschutz und Biodiversität*
- 11.6. Nachhaltige Stadtentwicklung und Wohnen*
- 11.7. Innovation und Technologie*
- 11.8. Europäische und internationale Zusammenarbeit*
- 11.9. Bildung und gesellschaftlicher Wandel*
- 11.10. Fazit: Umweltpolitik als Chance für die Zukunft*

Entwicklungshilfe der DiG

- 12.1. Präambel: Globale Verantwortung und Partnerschaft*
- 12.2. Nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung*
- 12.3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und faire Handelspolitik*
- 12.4. Klimaschutz und Umweltgerechtigkeit*
- 12.5. Bildung und Gesundheit*
- 12.6. Frieden und Sicherheit*
- 12.7. Demokratie und Menschenrechte*
- 12.8. Digitale Transformation*
- 12.9. Europäische und internationale Zusammenarbeit*
- 12.10. Fazit: Entwicklungspolitik als Investition in die Zukunft*

Bildungspolitik der DiG

- 13.1. Präambel: Bildung als Schlüssel für individuelle und gesellschaftliche Entwicklung*
- 13.2. Frühkindliche Bildung und Betreuung*
- 13.3. Schule der Zukunft*

- 13.4. Berufliche Bildung und duales System stärken
- 13.5. Hochschulbildung und Wissenschaft
- 13.6. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung
- 13.7. Inklusion und Diversität
- 13.8. Bildung und Digitalisierung
- 13.9. Bildung und Nachhaltigkeit
- 13.10. Fazit: Bildung als liberale und solidarische Aufgabe

Europapolitik der DiG

- 14.1. Präambel: Europa als Projekt der Freiheit und Solidarität
- 14.2. Stärkung der europäischen Demokratie
- 14.3. Wirtschafts- und Währungsunion
- 14.4. Soziales Europa
- 14.5. Klima- und Umweltpolitik
- 14.6. Digitale Transformation
- 14.7. Sicherheit und Verteidigung
- 14.8. Migration und Asyl
- 14.9. Außen- und Nachbarschaftspolitik
- 14.10. Fazit: Europa als liberale und solidarische Gemeinschaft

Energiepolitik der DiG

- 15.1. Präambel: Energie als Grundlage für Wohlstand und Nachhaltigkeit
- 15.2. Ausbau erneuerbarer Energien
- 15.3. Energieeffizienz und Einsparungen
- 15.4. Netzausbau und Infrastruktur
- 15.5. Wasserstoff und innovative Technologien
- 15.6. Kohleausstieg und sozialer Ausgleich
- 15.7. Energiepreise und soziale Gerechtigkeit
- 15.8. Europäische und internationale Zusammenarbeit
- 15.9. Bürgerbeteiligung und Akzeptanz
- 15.10. Fazit

Kryptopolitik und Technologieoffenheit

- 16.1. Förderung von Krypto- und Blockchain-Technologien
- 16.2. Finanzierung und Investitionssicherheit
- 16.3. Steuerliche Regelungen für Kryptowährungen
- 16.4. Verbraucherschutz und Transparenz
- 16.5. Internationale Zusammenarbeit & Digitale Souveränität

Wirtschaftspolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

1. Förderung von Innovation und Digitalisierung

Die DiG erkennt die entscheidende Rolle von Innovation und Digitalisierung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft. In einer sich schnell verändernden Welt ist es unerlässlich, dass wir den technologischen Fortschritt aktiv gestalten und die Chancen, die er bietet, nutzen. Unser Ziel ist es, ein Umfeld zu schaffen, das Kreativität und unternehmerisches Handeln fördert und gleichzeitig die digitale Transformation in allen Lebensbereichen vorantreibt.

1.1 Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas

Um Innovationen zu fördern, setzen wir uns für eine Politik ein, die Forschung und Entwicklung in Deutschland stärkt. Dies umfasst:

- Erhöhung der Forschungsförderung: Wir wollen die staatlichen Mittel für Forschung und Entwicklung erhöhen, insbesondere in zukunftssträchtigen Bereichen wie Künstliche Intelligenz, Biotechnologie und erneuerbare Energien.
- Unterstützung von Start-ups: Durch gezielte Förderprogramme und den Abbau bürokratischer Hürden möchten wir ein attraktives Umfeld für Start-ups schaffen, das es ihnen ermöglicht, ihre Ideen schnell und effizient umzusetzen.

1.2 Digitalisierung der Verwaltung

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist ein zentraler Bestandteil unserer Strategie. Wir setzen uns dafür ein, dass:

- E-Government ausgebaut wird: Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Anliegen einfach und schnell online erledigen können. Dies umfasst die digitale Beantragung von Ausweisen, Genehmigungen und anderen Verwaltungsdienstleistungen.
- Transparenz und Bürgernähe gefördert werden: Durch digitale Plattformen wollen wir den Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung verbessern und die Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen stärken.

1.3 Bildung und digitale Kompetenzen

Um die digitale Transformation erfolgreich zu gestalten, ist eine umfassende Bildungsoffensive notwendig:

- Integration digitaler Kompetenzen in den Lehrplan: Wir setzen uns dafür ein, dass digitale Fähigkeiten bereits in der Schule vermittelt werden, um die nächste Generation auf die Anforderungen des digitalen Zeitalters vorzubereiten.

- Fortbildung für Fachkräfte: Wir fördern Programme zur Weiterbildung von Arbeitnehmern, um sicherzustellen, dass sie die notwendigen digitalen Kompetenzen erwerben, um in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt erfolgreich zu sein.

1.4 Infrastruktur für digitale Technologien

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Grundlage für Innovation:

- Ausbau des Breitbandnetzes: Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von schnellem Internet in ländlichen und städtischen Gebieten ein, um allen Bürgern und Unternehmen den Zugang zu digitalen Technologien zu ermöglichen.
- Förderung von 5G und IoT: Die DiG unterstützt die Entwicklung und Implementierung von 5G-Technologien sowie das Internet der Dinge (IoT), um neue Geschäftsmodelle und innovative Anwendungen zu ermöglichen.

1.5 Sicherheit in der digitalen Welt

Mit der Digitalisierung gehen auch Herausforderungen einher, insbesondere im Bereich der Cyber-Sicherheit:

- Stärkung der Cyber-Sicherheitsmaßnahmen: Wir setzen uns für den Ausbau von Sicherheitsinfrastrukturen ein, um Unternehmen und Bürger vor Cyber-Angriffen zu schützen.
- Aufklärung und Sensibilisierung: Durch Informationskampagnen wollen wir das Bewusstsein für Cyber-Sicherheit erhöhen und Bürger sowie Unternehmen über Risiken und Schutzmaßnahmen aufklären.

1.6 Internationale Zusammenarbeit

Innovation und Digitalisierung sind globale Herausforderungen, die internationale Zusammenarbeit erfordern:

- Förderung von internationalen Forschungsprojekten: Wir unterstützen die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in Forschungs- und Innovationsprojekten, um den Wissensaustausch zu fördern.
- Teilnahme an internationalen Initiativen: Die DiG setzt sich für die aktive Teilnahme an internationalen Initiativen zur Förderung von Digitalisierung und Innovation ein, um globale Standards und Best Practices zu entwickeln.

2. Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)

Die DiG erkennt die zentrale Rolle, die kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) in unserer Wirtschaft spielen. Sie sind nicht nur Motor des wirtschaftlichen Wachstums, sondern auch entscheidend für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung von Innovationen. Daher setzen wir uns für eine umfassende Unterstützung von KMU ein, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und ihre Entwicklung zu fördern.

2.1 Entbürokratisierung und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen

Um KMU zu entlasten, ist es wichtig, bürokratische Hürden abzubauen:

- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren: Wir setzen uns für die Digitalisierung und Beschleunigung von Genehmigungsprozessen ein, damit Unternehmen schneller und effizienter arbeiten können.

- Reduzierung von Meldepflichten: Durch die Überprüfung und Reduzierung unnötiger Meldepflichten wollen wir den administrativen Aufwand für KMU minimieren.

2.2 Finanzielle Unterstützung und Zugang zu Kapital

Die Finanzierung ist oft eine der größten Herausforderungen für KMU:

- Förderprogramme und Zuschüsse: Wir wollen gezielte Förderprogramme auflegen, die KMU bei Investitionen in Innovation, Digitalisierung und nachhaltige Technologien unterstützen.
- Zugang zu Krediten: Die DiG setzt sich für die Verbesserung des Zugangs zu Krediten für KMU ein, insbesondere durch die Förderung von Bürgschaftsprogrammen und die Zusammenarbeit mit Banken.

2.3 Förderung von Innovation und Forschung

KMU sind oft Innovationsführer in ihren Branchen:

- Forschungs- und Entwicklungsförderung: Wir unterstützen KMU bei der Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten durch finanzielle Anreize und Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Innovationsnetzwerke: Die DiG fördert die Bildung von Netzwerken, in denen KMU ihre Erfahrungen und Ressourcen austauschen können, um gemeinsam innovative Lösungen zu entwickeln.

2.4 Aus- und Weiterbildung von Fachkräften

Die Qualifikation der Mitarbeiter ist entscheidend für den Erfolg von KMU:

- Berufliche Weiterbildung: Wir setzen uns für Programme ein, die KMU bei der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter unterstützen, um sicherzustellen, dass sie über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, um in einer sich schnell verändernden Arbeitswelt erfolgreich zu sein.
- Kooperation mit Bildungseinrichtungen: Die DiG fördert Partnerschaften zwischen KMU und Bildungseinrichtungen, um praxisnahe Ausbildungsangebote zu schaffen, die den Bedürfnissen der Unternehmen entsprechen.

2.5 Marktzugang und Exportförderung

KMU sollen die Möglichkeit haben, ihre Produkte und Dienstleistungen auch international anzubieten:

- Unterstützung beim Export: Wir setzen uns für Programme ein, die KMU beim Zugang zu internationalen Märkten unterstützen, einschließlich Beratungsdiensten und finanzieller Hilfen für Exportinitiativen.
- Messen und Veranstaltungen: Die DiG fördert die Teilnahme von KMU an internationalen Messen und Veranstaltungen, um ihre Sichtbarkeit zu erhöhen und neue Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen.

2.6 Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung

Die DiG fördert eine nachhaltige Unternehmensführung:

- Beratung zu nachhaltigen Praktiken: Wir bieten KMU Unterstützung und Beratung an, um nachhaltige Praktiken in ihre Geschäftsmodelle zu integrieren, die sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll sind.
- Förderung von sozialen Initiativen: Wir setzen uns dafür ein, dass KMU in sozialen Projekten aktiv werden können, um ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und gleichzeitig ihr Image zu stärken.

2.7 Digitale Transformation

Die Digitalisierung ist ein Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit:

- Digitale Infrastruktur: Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von schnellem Internet ein, um KMU den Zugang zu digitalen Technologien zu erleichtern.
- Schulungen zur Digitalisierung: Die DiG fördert Schulungsprogramme, die KMU dabei unterstützen, digitale Tools und Plattformen effektiv zu nutzen, um ihre Geschäftsprozesse zu optimieren.

3. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Die DiG setzt sich für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ein, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte miteinander vereint. Unser Ziel ist es, ein wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, das nicht nur Wachstum fördert, sondern auch die Ressourcen unseres Planeten schont und die Lebensqualität für alle Menschen verbessert.

3.1 Ökologische Verantwortung

- Übergang zu erneuerbaren Energien: Wir fördern den Ausbau erneuerbarer Energien und setzen uns für die Reduzierung von CO₂-Emissionen ein.
- Schutz der Biodiversität: Wir setzen uns für nachhaltige Landwirtschaft und Fischerei ein, die die Umwelt respektieren und gleichzeitig die Nahrungsmittelproduktion sichern.

3.2 Wirtschaftliche Innovation

- Forschung und Entwicklung: Wir unterstützen Forschung und Entwicklung im Bereich nachhaltiger Technologien, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft.
- Kreislaufwirtschaft: Wir setzen uns für eine Wirtschaft ein, in den Ressourcen effizient genutzt und Abfälle minimiert werden.

3.3 Soziale Gerechtigkeit

- Faire Arbeitsbedingungen: Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne ein, um sicherzustellen, dass alle Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren.
- Bildung und Weiterbildung: Wir fördern Programme, die Menschen die notwendigen Fähigkeiten vermitteln, um in einer sich wandelnden Wirtschaft erfolgreich zu sein.

3.4 Internationale Zusammenarbeit

- Globale Herausforderungen gemeinsam angehen: Wir setzen uns für internationale Kooperationen ein, um globale Herausforderungen wie den Klimawandel und Ressourcenknappheit gemeinsam anzugehen.
- Nachhaltige Handelsabkommen: Wir unterstützen Handelsabkommen, die nachhaltige Praktiken fördern und den Austausch von umweltfreundlichen Technologien erleichtern.

3.5 Bürgerbeteiligung

- Transparente Entscheidungsprozesse: Wir fördern transparente Entscheidungsprozesse und ermutigen die Bevölkerung, sich an Diskussionen und Initiativen zu beteiligen, die ihre Lebensqualität betreffen.
- Förderung von Bürgerinitiativen: Wir unterstützen Bürgerinitiativen, die sich für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung einsetzen.

4. Arbeitsmarktpolitik und Fachkräftesicherung

Die DiG erkennt die zentrale Rolle eines dynamischen und flexiblen Arbeitsmarktes für das wirtschaftliche Wachstum und die soziale Stabilität in unserem Land. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels und der Digitalisierung zu begegnen, setzen wir uns für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik ein, die die Fachkräftesicherung in den Mittelpunkt stellt.

4.1 Förderung von Bildung und Weiterbildung

- Praxisnahe Ausbildungsangebote: Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht wird.
- Lebenslanges Lernen: Wir unterstützen Programme, die Weiterbildung und Umschulung fördern, insbesondere in zukunftssträchtigen Branchen wie IT, erneuerbare Energien und Gesundheitswesen.

4.2 Attraktive Arbeitsbedingungen

- Flexible Arbeitszeitmodelle: Wir setzen uns für flexible Arbeitszeitmodelle und Homeoffice-Möglichkeiten ein.
- Diversität und Inklusion: Wir fördern die Schaffung eines positiven Arbeitsumfelds, das Diversität und Inklusion wertschätzt.

4.3 Integration von Zuwanderern

- Modernes Einwanderungsgesetz: Wir setzen uns für ein modernes Einwanderungsgesetz ein, das qualifizierten Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert.
- Sprachkurse und Integrationsprogramme: Wir unterstützen Initiativen, die Sprachkurse und Integrationsprogramme anbieten.

4.4 Digitalisierung und neue Arbeitsmodelle

- Entwicklung digitaler Kompetenzen: Wir fördern die Entwicklung digitaler Kompetenzen und die Anpassung von Ausbildungsinhalten an die Anforderungen der digitalen Wirtschaft.
- Innovative Arbeitsmodelle: Wir setzen uns für die Schaffung von Rahmenbedingungen ein, die innovative Arbeitsmodelle wie Gig-Economy und Remote Work unterstützen.

4.5 Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

- Austausch zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen: Wir unterstützen den Austausch zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen, um Ausbildungsinhalte kontinuierlich zu aktualisieren.
- Rekrutierung und Bindung von Fachkräften: Wir fördern Initiativen, die Unternehmen dabei helfen, Fachkräfte zu rekrutieren und zu binden.

4.6 Regionale Entwicklung und Mobilität

- Attraktive Arbeitsplätze in ländlichen Regionen: Wir setzen uns für die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze in ländlichen Regionen ein.
- Förderung beruflicher Mobilität: Wir unterstützen Programme, die die berufliche Mobilität fördern, beispielsweise durch Zuschüsse für Umzüge oder Pendlerpauschalen.

Finanzpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

Die Finanzpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht verfolgt das Ziel, eine solide und zukunftsfähige finanzielle Grundlage für unser Land zu schaffen. In einer Zeit, in der wirtschaftliche Stabilität und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen müssen, setzen wir auf Haushaltsdisziplin und einen konsequenten Schuldenabbau. Nur durch verantwortungsvolles Wirtschaften können wir die finanziellen Spielräume schaffen, die notwendig sind, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Ein zentraler Bestandteil unserer Finanzpolitik ist die Steuerpolitik, die darauf abzielt, sowohl Bürger als auch Unternehmen zu entlasten. Wir glauben, dass niedrigere Steuern Anreize für Investitionen schaffen und die Kaufkraft der Menschen stärken. Dies fördert nicht nur das individuelle Wohl, sondern auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Darüber hinaus legen wir großen Wert auf Investitionen in die Infrastruktur und Bildung. Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer prosperierenden Wirtschaft, während eine hochwertige Bildung die Grundlage für Innovation und Fachkräftesicherung bildet. Wir sind überzeugt, dass gezielte Investitionen in diesen Bereichen entscheidend sind, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands langfristig zu sichern.

Transparenz und Effizienz in der öffentlichen Verwaltung sind für uns ebenfalls von zentraler Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden und die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, wie ihre Steuergelder verwendet werden. Durch eine schlanke und effiziente Verwaltung wollen wir sicherstellen, dass die Ressourcen dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Mit dieser Finanzpolitik strebt die DiG an, ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftswachstum zu fördern, das allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt und die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft legt.

2.1. Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau

Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau sind zentrale Elemente der Finanzpolitik der DiG. In einer Zeit, in der viele Staaten mit hohen Schuldenständen und finanziellen Unsicherheiten konfrontiert sind, ist es unerlässlich, eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik zu verfolgen. Die DiG setzt sich dafür ein, die öffentlichen Finanzen in den Griff zu bekommen und eine solide Grundlage für zukünftige Generationen zu schaffen.

1. Bedeutung der Haushaltsdisziplin

Haushaltsdisziplin bedeutet, dass der Staat seine Ausgaben im Einklang mit seinen Einnahmen plant und umsetzt. Dies erfordert eine sorgfältige Analyse der finanziellen Situation und eine klare Priorisierung der Ausgaben. Die DiG ist der Überzeugung, dass eine strikte Haushaltsdisziplin nicht

nur notwendig ist, um die Staatsverschuldung zu reduzieren, sondern auch um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentliche Hand zu stärken. Ein ausgeglichener Haushalt signalisiert Stabilität und Verantwortungsbewusstsein, was wiederum das Vertrauen in die Wirtschaft fördert und Investitionen anzieht.

2. Schuldenabbau als langfristiges Ziel

Der Schuldenabbau ist ein zentrales Ziel der DiG. Hohe Schulden können nicht nur die finanzielle Flexibilität des Staates einschränken, sondern auch zukünftige Generationen belasten. Die DiG setzt sich dafür ein, die Schuldenquote schrittweise zu senken, um einen nachhaltigen finanziellen Spielraum für notwendige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und soziale Projekte zu schaffen. Ein klar definierter Plan zum Schuldenabbau, der sowohl kurzfristige als auch langfristige Maßnahmen umfasst, ist entscheidend, um die finanzielle Stabilität des Landes zu gewährleisten.

3. Maßnahmen zur Haushaltsdisziplin und zum Schuldenabbau

Um Haushaltsdisziplin zu wahren und den Schuldenabbau voranzutreiben, verfolgt die DiG eine Reihe von konkreten Maßnahmen:

Priorisierung der Ausgaben: Die DiG fordert eine umfassende Überprüfung der staatlichen Ausgaben, um ineffiziente und überflüssige Ausgaben zu identifizieren und zu reduzieren. Dies ermöglicht eine gezielte Verwendung der Mittel für wichtige Projekte und Programme.

Transparente Haushaltsführung: Eine transparente und nachvollziehbare Haushaltsführung ist entscheidend, um das Vertrauen der Bürger in die Finanzpolitik zu stärken. Die DiG setzt sich für eine offene Kommunikation über Einnahmen und Ausgaben des Staates ein.

Effizienzsteigerung in der Verwaltung: Durch die Optimierung von Verwaltungsprozessen und die Einführung moderner Technologien kann die Effizienz der öffentlichen Verwaltung gesteigert werden. Dies führt zu Kostensenkungen und einer besseren Nutzung der vorhandenen Ressourcen.

Schaffung von Anreizen für private Investitionen: Die DiG glaubt, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung auch zur Reduzierung der Staatsverschuldung beiträgt. Durch die Schaffung von Anreizen für private Investitionen kann das Wirtschaftswachstum gefördert werden, was wiederum zu höheren Steuereinnahmen führt.

4. Langfristige Perspektive

Die DiG verfolgt eine langfristige Perspektive in Bezug auf Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau. Es ist wichtig, dass die Maßnahmen nicht nur kurzfristige Erfolge bringen, sondern auch nachhaltig wirken. Eine solide Finanzpolitik erfordert Geduld und Entschlossenheit, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Die DiG ist bereit, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine stabile und zukunftsfähige Finanzlage zu gewährleisten.

Insgesamt ist die Haushaltsdisziplin und der Schuldenabbau ein zentraler Bestandteil der Finanzpolitik der DiG, der darauf abzielt, die wirtschaftliche Stabilität zu fördern, das Vertrauen der Bürger zu stärken und eine nachhaltige Entwicklung für zukünftige Generationen zu sichern.

2.2. Steuerpolitik: Entlastungen für Bürger und Unternehmen, Reform der Schuldenbremsen

Die Steuerpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht zielt darauf ab, sowohl Bürger als auch Unternehmen zu entlasten und gleichzeitig die finanziellen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. In diesem Kontext sind zwei zentrale Aspekte von Bedeutung: die Entlastung der Steuerzahler und die Reform der Schuldenbremse. Beide Maßnahmen

sind darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern und die soziale Gerechtigkeit zu fördern.

Entlastungen für Bürger und Unternehmen

Die DiG ist der Überzeugung, dass eine gerechte und leistungsfähige Steuerpolitik entscheidend ist, um die Lebensqualität der Bürger zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Daher setzt sich die DiG für folgende Maßnahmen ein:

Steuersenkungen für Bürger: Die DiG fordert eine Senkung der Einkommensteuer, insbesondere für Geringverdiener und Familien. Durch eine Entlastung der Steuerlast können die Bürger mehr von ihrem Einkommen behalten, was ihre Kaufkraft erhöht und den Konsum ankurbeln kann. Dies ist besonders wichtig in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, da es den Menschen ermöglicht, ihre Ausgaben zu planen und zu investieren

Unternehmenssteuern senken: Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu stärken, setzt sich die DiG für eine Senkung der Körperschaftsteuer ein. Eine niedrigere Steuerlast fördert Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung, was langfristig zu mehr Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum führt. Zudem sollen bürokratische Hürden abgebaut werden, um kleinen und mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Fördermitteln und Investitionen zu erleichtern.

Förderung von Investitionen: Die DiG möchte steuerliche Anreize schaffen, die gezielt Investitionen in zukunftssträchtige Bereiche wie erneuerbare Energien, Digitalisierung und Infrastruktur fördern. Durch gezielte steuerliche Vergünstigungen können Unternehmen motiviert werden, in nachhaltige Projekte zu investieren, die sowohl ökonomische als auch ökologische Vorteile mit sich bringen.

1. **Reform der Schuldenbremsen:** Die Schuldenbremse ist ein wichtiges Instrument zur Sicherstellung der Haushaltsdisziplin und zur Vermeidung übermäßiger Staatsverschuldung. Die DiG erkennt jedoch an, dass die bestehenden Regelungen in bestimmten Situationen reformiert werden müssen, um den Herausforderungen einer dynamischen Wirtschaft gerecht zu werden. Daher setzt sich die DiG für folgende Reformen ein:

Flexibilisierung der Schuldenbremse: Die DiG fordert eine Überprüfung und Anpassung der Schuldenbremse, um in Krisenzeiten, wie etwa während wirtschaftlicher Abschwünge oder in Zeiten von Naturkatastrophen, mehr Spielraum für notwendige Investitionen zu schaffen. Eine flexible Handhabung der Schuldenbremse würde es dem Staat ermöglichen, gezielt in Infrastruktur und soziale Projekte zu investieren, ohne die langfristige Finanzstabilität zu gefährden.

Verknüpfung mit Investitionszielen: Die DiG schlägt vor, die Schuldenbremse an klare Investitionsziele zu koppeln. Das bedeutet, dass in Zeiten, in denen Investitionen in Bildung, Forschung oder Infrastruktur notwendig sind, eine temporäre Überschreitung der Schuldenbremse möglich sein sollte. Dies würde sicherstellen, dass wichtige Projekte nicht aufgrund strenger Haushaltsvorgaben aufgeschoben werden müssen.

Transparente Berichterstattung: Um das Vertrauen der Bürger in die Reform der Schuldenbremse zu stärken, setzt sich die DiG für eine transparente Berichterstattung über die Verwendung von Mitteln ein, die durch eine vorübergehende Lockerung der Schuldenbremse bereitgestellt werden. Die Bürger sollen nachvollziehen können, wie und wofür die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden, um die Akzeptanz für diese Maßnahmen zu erhöhen.

Insgesamt verfolgt die DiG mit ihrer Steuerpolitik das Ziel, eine gerechte und leistungsfähige Wirtschaft zu fördern, die sowohl den Bedürfnissen der Bürger als auch den Anforderungen der Unternehmen gerecht wird. Durch gezielte Entlastungen und eine sinnvolle Reform der Schuldenbremse strebt die DiG an, ein wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, das Wachstum, Innovation und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet.

2.3 Investitionen in Infrastruktur und Bildung

Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind zentrale Säulen der Finanzpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht. Diese beiden Bereiche sind entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung, die soziale Stabilität und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Die DiG ist überzeugt, dass gezielte Investitionen in diese Sektoren nicht nur kurzfristige Vorteile bringen, sondern auch langfristig die Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum und eine prosperierende Gesellschaft schaffen.

Bedeutung der Infrastrukturinvestitionen

Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat jeder Volkswirtschaft. Sie ermöglicht den reibungslosen Transport von Gütern und Dienstleistungen, fördert die Mobilität der Menschen und trägt zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei. Die DiG setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

Erneuerung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur: Die DiG fordert umfassende Investitionen in Straßen, Schienen und öffentliche Verkehrsmittel. Ein gut ausgebautes Verkehrsnetz reduziert Staus, verbessert die Luftqualität und fördert die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und Bildungseinrichtungen. Insbesondere der Ausbau des Schienenverkehrs und die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel sind von großer Bedeutung, um die Klimaziele zu erreichen.

Digitale Infrastruktur: In einer zunehmend digitalisierten Welt ist der Zugang zu schnellem Internet und modernen Kommunikationsnetzen unerlässlich. Die DiG setzt sich für den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser- und 5G-Netzen ein, um sowohl ländliche als auch städtische Regionen gleichwertig an die digitale Welt anzubinden. Dies ist nicht nur für Unternehmen wichtig, sondern auch für die Bildung und die Teilhabe der Bürger an digitalen Angeboten.

Energieinfrastruktur: Die DiG erkennt die Notwendigkeit, in eine nachhaltige Energieinfrastruktur zu investieren. Dazu gehören der Ausbau erneuerbarer Energien, die Modernisierung von Stromnetzen und die Förderung von Energiespeichertechnologien. Diese Investitionen sind entscheidend, um die Energiewende voranzutreiben und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.

Investitionen in Bildung

Bildung ist der Schlüssel zu individueller Entfaltung und gesellschaftlichem Fortschritt. Die DiG ist überzeugt, dass Investitionen in Bildung nicht nur die persönliche Entwicklung fördern, sondern auch die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärken. Die DiG setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

Frühkindliche Bildung: Die DiG fordert eine stärkere Förderung der frühkindlichen Bildung, um Chancengleichheit von Anfang an zu gewährleisten. Investitionen in Kitas und Vorschulen sind entscheidend, um Kinder bestmöglich auf den Schulstart vorzubereiten und soziale Ungleichheiten abzubauen.

Schulmodernisierung: Die DiG setzt sich für die Modernisierung von Schulen ein, um eine zeitgemäße Lernumgebung zu schaffen. Dazu gehören Investitionen in digitale Lehrmittel, moderne Klassenräume und die Verbesserung der technischen Ausstattung. Eine gute Schulbildung ist die Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn und die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler.

Hochschulbildung und Forschung: Die DiG erkennt die Bedeutung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Innovationskraft der Wirtschaft. Daher fordert sie eine Erhöhung der Mittel für Forschung und Entwicklung sowie eine bessere Ausstattung der Hochschulen. Dies soll dazu beitragen, dass Deutschland als Standort für Wissenschaft und Forschung international wettbewerbsfähig bleibt.

Lebenslanges Lernen: In einer sich schnell verändernden Arbeitswelt ist lebenslanges Lernen unerlässlich. Die DiG setzt sich für Programme ein, die Weiterbildung und Umschulung fördern, um die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer zu sichern. Dies ist besonders wichtig in Zeiten des technologischen Wandels, in denen viele Berufe sich verändern oder wegfallen.

Synergieeffekte zwischen Infrastruktur und Bildung

Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind nicht isoliert zu betrachten, sondern stehen in einem engen Zusammenhang. Eine gute Infrastruktur erleichtert den Zugang zu Bildungseinrichtungen und fördert die Mobilität der Lernenden. Gleichzeitig trägt eine gut ausgebildete Bevölkerung dazu bei, dass Infrastrukturprojekte effizient umgesetzt werden können. Die DiG sieht daher die Notwendigkeit, diese beiden Bereiche miteinander zu verknüpfen und synergetische Effekte zu nutzen.

Insgesamt verfolgt die DiG mit ihren Investitionen in Infrastruktur und Bildung das Ziel, eine zukunftsfähige Gesellschaft zu schaffen, die sowohl wirtschaftlich stark als auch sozial gerecht ist. Durch gezielte Maßnahmen in diesen Bereichen möchte die DiG die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger verbessern und die Grundlagen für ein nachhaltiges Wachstum legen.

2.4. Transparenz und Effizienz in der öffentlichen Verwaltung

Transparenz und Effizienz in der öffentlichen Verwaltung sind grundlegende Prinzipien, die die Finanzpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht prägen. Eine transparente und effiziente Verwaltung ist nicht nur entscheidend für das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen, sondern auch für die effektive Nutzung öffentlicher Mittel. Die DiG setzt sich dafür ein, dass die öffentliche Verwaltung als Dienstleister für die Bürger fungiert und gleichzeitig die Ressourcen verantwortungsvoll und zielgerichtet eingesetzt werden.

1. Bedeutung der Transparenz

Transparenz in der öffentlichen Verwaltung bedeutet, dass Entscheidungen, Prozesse und die Verwendung öffentlicher Mittel für die Bürger nachvollziehbar und verständlich sind. Die DiG verfolgt folgende Ansätze zur Förderung der Transparenz:

Offene Daten und Informationszugang: Die DiG fordert die Einführung von offenen Datenportalen, auf denen Bürger Zugang zu Informationen über Haushaltspläne, Ausgaben und Projekte der öffentlichen Verwaltung haben. Dies ermöglicht es den Bürgern, die Verwendung ihrer Steuergelder nachzuvollziehen und fördert das Vertrauen in die Verwaltung.

Bürgerbeteiligung: Die DiG setzt sich für eine stärkere Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse ein. Durch Bürgerforen, Umfragen und Online-Plattformen können die Meinungen und Bedürfnisse der Bürger in die politischen Entscheidungen einfließen. Dies stärkt

nicht nur die Demokratie, sondern sorgt auch dafür, dass die Verwaltung besser auf die Anliegen der Bevölkerung eingeht.

Regelmäßige Berichterstattung: Die DiG fordert eine regelmäßige und verständliche Berichterstattung über die Aktivitäten und Ergebnisse der öffentlichen Verwaltung. Dies umfasst sowohl die Veröffentlichung von Jahresberichten als auch die Kommunikation über laufende Projekte und deren Fortschritte. Eine transparente Kommunikation trägt dazu bei, das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung zu stärken.

2. Effizienz in der öffentlichen Verwaltung

Effizienz in der öffentlichen Verwaltung bedeutet, dass Ressourcen optimal genutzt werden, um die bestmöglichen Ergebnisse für die Bürger zu erzielen. Die DiG verfolgt mehrere Strategien zur Steigerung der Effizienz:

Prozessoptimierung: Die DiG setzt sich für die Überprüfung und Optimierung von Verwaltungsprozessen ein. Durch die Identifizierung von ineffizienten Abläufen und die Implementierung von Best Practices kann die Verwaltung schneller und kostengünstiger arbeiten. Dies kann beispielsweise durch die Einführung von Lean-Management-Methoden oder die Digitalisierung von Prozessen erreicht werden.

Digitalisierung der Verwaltung: Die DiG sieht die Digitalisierung als Schlüssel zur Effizienzsteigerung. Durch den Einsatz moderner Technologien, wie z.B. E-Government-Lösungen, können Verwaltungsdienstleistungen schneller und benutzerfreundlicher bereitgestellt werden. Bürger sollen in der Lage sein, Anträge online zu stellen, Informationen abzurufen und mit der Verwaltung zu kommunizieren, ohne lange Wartezeiten oder persönliche Besuche in Ämtern in Anspruch nehmen zu müssen.

Schulung und Weiterbildung des Personals: Um die Effizienz der Verwaltung zu steigern, ist es wichtig, dass die Mitarbeiter gut ausgebildet und auf dem neuesten Stand der Entwicklungen sind. Die DiG setzt sich für regelmäßige Schulungen und Weiterbildungsangebote ein, um die Fachkompetenz der Mitarbeiter zu fördern und sicherzustellen, dass sie die besten Methoden und Technologien anwenden können.

3. Synergie zwischen Transparenz und Effizienz

Transparenz und Effizienz sind eng miteinander verknüpft. Eine transparente Verwaltung fördert das Vertrauen der Bürger und ermöglicht eine bessere Kontrolle über die Verwendung öffentlicher Mittel. Gleichzeitig führt eine effiziente Verwaltung dazu, dass Ressourcen optimal genutzt werden, was wiederum die Transparenz erhöht, da weniger Mittel für die gleichen Dienstleistungen benötigt werden. Die DiG sieht die Notwendigkeit, diese beiden Aspekte in der öffentlichen Verwaltung zu integrieren, um eine moderne und bürgernahe Verwaltung zu schaffen.

Insgesamt verfolgt die DiG mit ihrem Ansatz zur Förderung von Transparenz und Effizienz in der öffentlichen Verwaltung das Ziel, das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen zu stärken und die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern. Durch gezielte Maßnahmen in diesen Bereichen möchte die DiG sicherstellen, dass die öffentliche Verwaltung als effektiver Dienstleister fungiert, der die Bedürfnisse der Bürger ernst nimmt und verantwortungsvoll mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen umgeht. Dies ist entscheidend für eine funktionierende Demokratie und eine prosperierende Gesellschaft.

Asylpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

Die Asylpolitik ist ein zentrales Thema in der heutigen Gesellschaft, das sowohl humanitäre als auch gesellschaftliche Dimensionen umfasst. In einer Welt, in der Konflikte, Verfolgung und Armut viele Menschen zur Flucht zwingen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Staaten ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden. Die DiG – Deutschland im Gleichgewicht setzt sich für eine Asylpolitik ein, die nicht nur den Schutz von Geflüchteten gewährleistet, sondern auch deren Integration in die Gesellschaft fördert.

Ein effektives und gerechtes Asylverfahren ist dabei unerlässlich, um den Bedürfnissen der Schutzsuchenden gerecht zu werden und gleichzeitig die administrativen Abläufe zu optimieren. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern von großer Bedeutung, um die Ursachen von Flucht zu bekämpfen und Perspektiven vor Ort zu schaffen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung des interkulturellen Austauschs, der nicht nur das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen stärkt, sondern auch zur sozialen Kohäsion beiträgt.

3.1. Humanitäre Verantwortung und Integration

Die humanitäre Verantwortung, die Staaten gegenüber geflüchteten Menschen haben, ist ein zentrales Element der Asylpolitik. Diese Verantwortung umfasst nicht nur den Schutz von Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder anderen lebensbedrohlichen Situationen fliehen, sondern auch die Verpflichtung, ihnen eine Perspektive in der neuen Gesellschaft zu bieten. Die DiG – Deutschland im Gleichgewicht sieht die Integration von Geflüchteten als einen entscheidenden Schritt, um sowohl den Schutzsuchenden als auch der aufnehmenden Gesellschaft gerecht zu werden.

Humanitäre Verantwortung

Die humanitäre Verantwortung ergibt sich aus internationalen Abkommen, wie der Genfer Flüchtlingskonvention, und den universellen Menschenrechten. Staaten sind verpflichtet, Asylsuchenden Schutz zu gewähren und sicherzustellen, dass ihre grundlegenden Bedürfnisse, wie Unterkunft, Nahrung, medizinische Versorgung und Bildung, erfüllt werden. Diese Verpflichtung ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Verantwortung, die die Werte von Menschlichkeit und Solidarität widerspiegelt.

Integration als Schwerpunkt

Die DiG betont, dass Integration nicht nur eine Frage der sozialen Eingliederung ist, sondern auch eine Chance für die Gesellschaft, von der Vielfalt und den Fähigkeiten der Geflüchteten zu profitieren. Integration umfasst verschiedene Dimensionen:

Sprachförderung: Der Erwerb der Landessprache ist entscheidend für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Die DiG setzt sich für umfassende Sprachkurse und Integrationsprogramme ein, die geflüchteten Menschen helfen, sich schnell in die neue Umgebung einzugewöhnen.

Bildung und Ausbildung: Der Zugang zu Bildung ist ein Schlüssel zur Integration. Die DiG fordert, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche gleichberechtigt in das Bildungssystem integriert werden. Zudem

sollen berufliche Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, um den Geflüchteten den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Soziale Teilhabe: Die Förderung von interkulturellem Austausch und die Schaffung von Begegnungsräumen sind wichtig, um Vorurteile abzubauen und das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen zu stärken. Die DiG unterstützt Initiativen, die den Dialog zwischen Einheimischen und Geflüchteten fördern.

Einbindung des Dublin-Abkommens

Das Dublin-Abkommen regelt, welcher Mitgliedstaat der Europäischen Union für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Es soll verhindern, dass Asylsuchende in mehreren Ländern gleichzeitig Anträge stellen. Allerdings hat das Abkommen auch Herausforderungen mit sich gebracht, insbesondere in Bezug auf die humanitäre Verantwortung und die Integration.

Die DiG erkennt an, dass das Dublin-System in seiner aktuellen Form oft zu einer ungleichen Verteilung von Asylsuchenden führt und die humanitäre Verantwortung der Mitgliedstaaten untergräbt. Viele geflüchtete Menschen landen in Ländern mit weniger Ressourcen, was ihre Integration erschwert. Daher fordert die DiG eine Reform des Dublin-Abkommens, um:

Solidarität innerhalb der EU zu stärken: Es sollte ein gerechteres System zur Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU geschaffen werden, dass die Belastungen gleichmäßiger verteilt und sicherstellt, dass alle Mitgliedstaaten ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden.

Schnellere Verfahren zu ermöglichen: Die DiG setzt sich für effizientere Asylverfahren ein, die es ermöglichen, dass Asylanträge zügig bearbeitet werden. Dies würde nicht nur den Geflüchteten zugutekommen, sondern auch den aufnehmenden Ländern helfen, die Integration schneller voranzutreiben.

Integration von Anfang an zu fördern: Die DiG plädiert dafür, dass geflüchtete Menschen unabhängig von dem Land, in dem sie ihren Asylantrag stellen, Zugang zu Integrationsprogrammen und -diensten erhalten. Dies würde sicherstellen, dass sie von Beginn an die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um sich in die Gesellschaft einzugliedern.

Insgesamt betrachtet die DiG die humanitäre Verantwortung und die Integration von geflüchteten Menschen als untrennbare Aspekte einer gerechten Asylpolitik. Durch die Förderung von Sprachkenntnissen, Bildung und sozialer Teilhabe sowie durch eine Reform des Dublin-Abkommens möchte die DiG sicherstellen, dass geflüchtete Menschen nicht nur Schutz finden, sondern auch die Möglichkeit erhalten, aktiv und erfolgreich in der Gesellschaft zu leben. Dies ist nicht nur im Interesse der Geflüchteten, sondern auch im Interesse einer vielfältigen und dynamischen Gesellschaft, die von den Erfahrungen und Perspektiven aller ihrer Mitglieder profitiert.

3.2. Effiziente Asylverfahren

Die Effizienz von Asylverfahren ist entscheidend, um den Schutzsuchenden schnell und gerecht zu helfen und gleichzeitig die administrativen Abläufe zu optimieren. Die DiG – Deutschland im Gleichgewicht verfolgt einen integrativen Ansatz, der die Berücksichtigung der Herkunftsländer, die Steuerung des Familiennachzugs, die Neuordnung der Asylbewerberleistungsgesetze sowie die Unterstützung von Asylbewerbern unabhängig vom bestehenden Leistungssystem umfasst.

1. Unterteilung in sichere und unsichere Herkunftsländer

Eine klare Unterscheidung zwischen sicheren und unsicheren Herkunftsländern ist essenziell für die Effizienz der Asylverfahren.

Sichere Herkunftsländer: Länder, die als sicher gelten, sind solche, in denen die Menschenrechte geachtet werden und keine systematische Verfolgung stattfindet. Asylanträge von Personen aus diesen Ländern sollten in einem beschleunigten Verfahren bearbeitet werden, da die Wahrscheinlichkeit, dass diese Anträge erfolgreich sind, gering ist. Dies würde es ermöglichen, Ressourcen auf die Bearbeitung von Anträgen aus unsicheren Herkunftsländern zu konzentrieren, wo die Notwendigkeit eines Schutzes höher ist.

Unsichere Herkunftsländer: Für Asylsuchende aus unsicheren Herkunftsländern sollte ein umfassender Schutzprozess gewährleistet sein. Die DiG fordert, dass die Kriterien für die Einstufung von Herkunftsländern regelmäßig überprüft und aktualisiert werden, um sicherzustellen, dass die aktuellen politischen und sozialen Bedingungen berücksichtigt werden. Dies könnte durch die Einbeziehung von Berichten internationaler Organisationen und Menschenrechtsgruppen geschehen.

2. Steuerung und Prüfung des Familiennachzugs

Der Familiennachzug ist ein wichtiger Aspekt der Integration von Asylbewerbern. Eine effiziente Steuerung und Prüfung dieses Prozesses ist notwendig, um sowohl den Schutzsuchenden als auch der Gesellschaft gerecht zu werden.

Prüfung der Anträge: Die DiG setzt sich für eine zügige und transparente Prüfung von Anträgen auf Familiennachzug ein. Dies sollte durch klare Richtlinien und Fristen geschehen, um sicherzustellen, dass Familien schnell wieder zusammengeführt werden können. Eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ist hierbei unerlässlich.

Steuerung des Nachzugs: Um den Familiennachzug zu steuern, sollte ein Punktesystem eingeführt werden, das Faktoren wie die Integrationsbereitschaft, die Sprachkenntnisse und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Antragsteller berücksichtigt. Dies würde sicherstellen, dass der Nachzug von Familienangehörigen nicht nur humanitären, sondern auch integrationsfördernden Zielen dient.

3. Neuordnung der Asylbewerberleistungsgesetze und deren Finanzierung

Die Asylbewerberleistungsgesetze regeln die finanzielle Unterstützung von Asylsuchenden. Eine Neuordnung dieser Gesetze ist notwendig, um eine faire und nachhaltige Finanzierung zu gewährleisten.

Anpassung der Leistungen: Die DiG fordert eine Überprüfung und Anpassung der Leistungen für Asylbewerber, um sicherzustellen, dass diese den Lebenshaltungskosten entsprechen und eine menschenwürdige Existenz ermöglichen. Dies könnte durch eine Anbindung an die regionalen Lebenshaltungskosten geschehen.

Finanzierung: Die Finanzierung der Asylbewerberleistungen sollte transparent und nachhaltig gestaltet werden. Die DiG schlägt vor, dass ein Teil der Mittel aus dem EU-Haushalt für die Unterstützung von Asylbewerbern verwendet wird, um die finanzielle Belastung der Kommunen zu verringern. Zudem sollte eine stärkere Einbindung von privaten und gemeinnützigen Organisationen in die Unterstützung von Asylbewerbern gefördert werden.

4. Unterstützung der Asylbewerber unabhängig vom bestehenden Leistungssystem Bürgergeld

Die DiG erkennt an, dass Asylbewerber oft in einer besonderen Situation sind, die spezifische Unterstützungsmaßnahmen erfordert, unabhängig von den bestehenden Regelungen des Bürgergeldes.

Spezifische Unterstützungsangebote: Asylbewerber sollten Zugang zu speziellen Programmen erhalten, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Dazu gehören Sprachkurse, berufliche

Qualifizierungsmaßnahmen und psychosoziale Unterstützung. Diese Angebote sollten unabhängig von den allgemeinen Sozialleistungen bereitgestellt werden, um sicherzustellen, dass Asylbewerber die notwendige Unterstützung erhalten, um sich schnell in die Gesellschaft zu integrieren.

Integration in den Arbeitsmarkt: Die DiG setzt sich dafür ein, dass Asylbewerber frühzeitig in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Dies könnte durch die Schaffung von Praktikumsplätzen und die Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen und Integrationsprojekten geschehen. Eine frühzeitige Arbeitsaufnahme würde nicht nur den Asylbewerbern zugutekommen, sondern auch der Wirtschaft, die von den Fähigkeiten und Erfahrungen der Geflüchteten profitieren kann.

Insgesamt verfolgt die DiG mit ihrem Ansatz zur Effizienzsteigerung in Asylverfahren das Ziel, sowohl den Schutzsuchenden als auch der Gesellschaft gerecht zu werden. Durch die klare Unterscheidung zwischen sicheren und unsicheren Herkunftsländern, die gezielte Steuerung des Familiennachzugs, die Neuordnung der Asylbewerberleistungsgesetze und die spezifische Unterstützung von Asylbewerbern möchte die DiG eine humane, gerechte und effiziente Asylpolitik gestalten, die den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht wird.

Zusammenarbeit mit Herkunftsländern

Die DiG – Deutschland im Gleichgewicht erkennt die Bedeutung einer konstruktiven und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern von Migranten und Asylsuchenden. Diese Zusammenarbeit ist entscheidend, um die Herausforderungen der Migration zu bewältigen und gleichzeitig die humanitäre Verantwortung zu wahren. Unser Ziel ist es, durch gezielte Maßnahmen und Initiativen die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern und die Integration von Migranten in Deutschland zu fördern.

1. Entwicklung von Partnerschaften

Um eine nachhaltige Zusammenarbeit zu gewährleisten, setzen wir auf den Aufbau von langfristigen Partnerschaften mit den Herkunftsländern:

Politische Dialoge: Wir fördern den Austausch auf politischer Ebene, um gemeinsame Lösungen für Migrationsfragen zu entwickeln und die Interessen beider Seiten zu berücksichtigen.

Wirtschaftliche Kooperation: Durch die Schaffung von Handelsabkommen und Investitionsprogrammen wollen wir die wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern unterstützen und gleichzeitig neue Märkte für deutsche Unternehmen erschließen.

2. Förderung von Bildung und Ausbildung

Bildung ist der Schlüssel zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern

Bildungsprogramme: Wir setzen uns für die Unterstützung von Bildungsinitiativen in den Herkunftsländern ein, um den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu verbessern und die Chancen der Bevölkerung zu erhöhen.

Austauschprogramme: Durch Austauschprogramme zwischen deutschen und ausländischen Bildungseinrichtungen fördern wir den Wissenstransfer und die interkulturelle Verständigung.

3. Stärkung der Zivilgesellschaft

Eine starke Zivilgesellschaft ist entscheidend für die Entwicklung der Herkunftsländer:

Unterstützung von NGOs: Wir fördern die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Herkunftsländern einsetzen.

Beteiligung der Diaspora: Die DiG setzt sich dafür ein, dass die Diaspora in Deutschland aktiv in die Entwicklungsprojekte ihrer Herkunftsländer einbezogen wird, um deren Expertise und Ressourcen zu nutzen.

4. Integration und Rückkehrförderung

Die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern sollte auch die Integration von Migranten in Deutschland und die Rückkehr von Flüchtlingen unterstützen:

Integrationsprogramme: Wir fördern Programme, die Migranten helfen, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, indem sie Sprachkurse, berufliche Qualifizierungen und soziale Unterstützung erhalten.

Rückkehrhilfen: Für diejenigen, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren möchten, setzen wir uns für die Bereitstellung von Rückkehrhilfen und Unterstützung bei der Reintegration ein, um einen erfolgreichen Neuanfang zu ermöglichen.

5. Nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz

Die DiG sieht die Notwendigkeit, auch Umwelt- und Klimafragen in die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern einzubeziehen:

Umweltprojekte: Wir unterstützen Projekte, die auf den Schutz der Umwelt und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen abzielen, um die Lebensqualität in den Herkunftsländern zu verbessern.

Klimaanpassungsstrategien: Durch die Entwicklung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel wollen wir den betroffenen Ländern helfen, ihre Resilienz zu stärken und die Migration aufgrund von Umweltfaktoren zu reduzieren.

6. Sicherheits- und Friedensförderung

Ein stabiles und sicheres Umfeld ist entscheidend für die Entwicklung der Herkunftsländer:

Friedensinitiativen: Wir setzen uns für die Unterstützung von Friedensprozessen und Konfliktlösungsmechanismen in Krisenregionen ein, um die Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen.

Sicherheitskooperation: Durch die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern im Bereich der Sicherheitspolitik wollen wir dazu beitragen, die innere Sicherheit zu stärken und die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.

Durch die gezielte Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern möchte die DiG eine umfassende und nachhaltige Migrationspolitik fördern, die sowohl den Bedürfnissen der Migranten als auch den Herausforderungen der Herkunftsländer gerecht wird. Wir glauben, dass eine solche Partnerschaft nicht nur zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern beiträgt, sondern auch die Integration in Deutschland erleichtert und somit eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten schafft.

3.4 Förderung von interkulturellem Austausch

Die DiG setzt sich entschieden dafür ein, den interkulturellen Austausch als zentralen Baustein einer offenen, toleranten und zukunftsorientierten Gesellschaft zu stärken. In einer globalisierten Welt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen zunehmend miteinander in Kontakt kommen, ist es unser Ziel, Brücken zu bauen, Vorurteile abzubauen und ein respektvolles Miteinander zu fördern. Im Folgenden skizzieren wir unsere umfassende Strategie zur Förderung des interkulturellen Austauschs.

Zielsetzung und Leitbild

Gemeinschaft und Zusammenhalt: Wir streben eine Gesellschaft an, in der kulturelle Vielfalt als Bereicherung empfunden wird und jeder Mensch – unabhängig von Herkunft oder kulturellem Hintergrund – gleichberechtigt an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben kann.

Respekt und Toleranz: Die DiG bekennt sich zu einem respektvollen Umgang miteinander und will durch gezielte Maßnahmen ein Klima des gegenseitigen Lernens und der Offenheit fördern.

Bildung und Empowerment: Interkultureller Austausch soll in allen Altersgruppen zur Förderung von Verständnis, Solidarität und kreativer Zusammenarbeit beitragen. Dazu gehören:

Bildungsinitiativen und interkulturelle Schulprogramme:

Integration von interkulturellen Inhalten in den Lehrplan aller Schulformen, um frühzeitig kulturelle Kompetenzen und ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu vermitteln.

Förderung von Austauschprogrammen und Projekttagen, in denen Schülerinnen und Schüler interkulturelle Begegnungen erleben und gemeinsam Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen erarbeiten.

Kultur- und Begegnungszentren:

Aufbau und Unterstützung von lokalen Begegnungsstätten, in denen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenkommen, kulturelle Veranstaltungen organisieren und gemeinsam Projekte realisieren können.

Einrichtung von interkulturellen Arbeitsgruppen und Netzwerken, die den Austausch zwischen Migrantinnen und Migranten, Einheimischen und Zuwanderern fördern.

Förderung von Kunst, Kultur und Medien:

Unterstützung von kulturellen Projekten, Festivals und Kunstinitiativen, die den Dialog zwischen verschiedenen Kulturen sichtbar machen und künstlerische Ausdrucksformen miteinander verbinden.

Zusammenarbeit mit Medien, um positive Geschichten des interkulturellen Austauschs zu verbreiten und Vorbilder für gelebte Vielfalt zu präsentieren.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Vernetzung:

Anreize für Unternehmen und Start-ups, interkulturelle Teams zu bilden, um von vielfältigen Perspektiven zu profitieren und Innovationspotenziale zu heben.

Förderung von interkulturellen Netzwerken und Mentoring-Programmen, die den Wissenstransfer zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe unterstützen.

Strategische Partnerschaften und internationale Kooperationen

Lokale und regionale Zusammenarbeit:

Enge Kooperation mit kommunalen Verwaltungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bildungseinrichtungen, um interkulturelle Projekte auf breiter Basis zu verankern.

Internationale Partnerschaften:

Ausbau von bilateralen und multilateralen Austauschprogrammen mit Partnerländern, um von international bewährten Konzepten zu lernen und den transnationalen Dialog zu stärken.

Wissenschaft und Forschung:

Unterstützung von Forschungsprojekten, die die gesellschaftlichen Auswirkungen interkultureller Begegnungen analysieren und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen liefern.

Finanzierung und Umsetzung

Investitionsprogramm:

Bereitstellung gezielter Fördermittel aus staatlichen sowie EU-Fonds zur Unterstützung von interkulturellen Projekten in den Bereichen Bildung, Kultur und Wirtschaft. Schaffung von Anreizsystemen und steuerlichen Erleichterungen für Unternehmen, die interkulturelle Projekte initiieren oder unterstützen.

Transparente Umsetzung und Evaluation:

Einrichtung eines unabhängigen Monitoringsystems, das regelmäßig den Fortschritt und die Wirkung der geförderten Maßnahmen evaluiert.

Öffentliche Berichterstattung und Dialogforen, um die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Weiterentwicklung der Programme einzubinden.

Langfristige Perspektiven

Die DiG sieht den interkulturellen Austausch nicht nur als kurzfristige Maßnahme, sondern als nachhaltige Investition in den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Durch eine kontinuierliche Förderung der interkulturellen Kompetenzen und den Abbau von Barrieren schaffen wir die Grundlagen für ein friedliches und innovatives Miteinander, in dem Vielfalt als Chance begriffen wird.

Mit diesen Maßnahmen legt die DiG einen klaren und ambitionierten Fahrplan vor, der die Potenziale des interkulturellen Austauschs voll ausschöpft und unser Land zu einem Ort macht, an dem kulturelle Vielfalt gelebt und geschätzt wird.

Innenpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

Die DiG steht für ein modernes, demokratisches und bürgernahes Miteinander. In einer Zeit, in der die Herausforderungen unserer Gesellschaft neue Antworten verlangen, verpflichten wir uns zu einer Innenpolitik, die auf der Stärkung der individuellen Freiheit, der Transparenz staatlichen Handelns und der aktiven Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger basiert. Unser Ziel ist es, ein politisches System zu schaffen, in dem die Rechte jedes Einzelnen respektiert und verteidigt werden – ein System, das dezentral organisiert ist und in den lokalen Gemeinschaften entscheidende Impulse für den gesellschaftlichen Wandel setzen können.

Stärkung der Bürgerrechte und -freiheiten:

Wir stehen dafür ein, dass Grundrechte nicht nur ein theoretisches Versprechen bleiben, sondern im Alltag aller Menschen spürbar werden. Durch gezielte Maßnahmen möchten wir den Schutz individueller Freiheiten weiter ausbauen, Missbrauch verhindern und einen fairen Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen gewährleisten.

Reform des politischen Systems:

Die DiG fordert eine grundlegende Reform des politischen Systems, um bürokratische Hürden abzubauen und Entscheidungsprozesse zu modernisieren. Unser Ansatz basiert auf Transparenz, Effizienz und der Schaffung von Strukturen, die eine echte Mitbestimmung ermöglichen. Nur durch einen offenen und reformierten Staat können wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig stärken.

Förderung der politischen Teilhabe:

Politik muss für alle zugänglich sein – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder Bildungsgrad. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Partizipation in allen Bereichen zu intensivieren. Wir möchten den Dialog zwischen Staat und Gesellschaft fördern, den direkten Austausch erleichtern und innovative Formate entwickeln, die es jedem ermöglichen, aktiv an der Gestaltung unserer Zukunft mitzuwirken.

Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen:

Ein starkes Gemeinwesen beginnt vor Ort. Die DiG bekennt sich zur Dezentralisierung politischer Entscheidungen und möchte den Kommunen mehr Autonomie und Verantwortung übertragen. Durch die Förderung lokaler Initiativen und die Stärkung kommunaler Strukturen schaffen wir die Voraussetzungen für eine lebendige, vielfältige und eigenständige Regionalpolitik – die den Menschen direkt vor Ort zugutekommt.

Mit diesem Programm legen wir den Grundstein für eine Innenpolitik, die die Bedürfnisse und Rechte jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Die DiG ist überzeugt: Nur durch eine aktive, offene und dezentral verankerte Politik können wir gemeinsam eine gerechtere, transparentere und zukunftsweisende Gesellschaft gestalten.

4.1. Stärkung der Bürgerrechte und -freiheiten

Die Bürgerrechte und -freiheiten bilden das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Sie sichern jedem Einzelnen nicht nur den Schutz vor staatlichen Eingriffen, sondern ermöglichen auch die Entfaltung der Persönlichkeit und eine aktive Mitgestaltung der Gemeinschaft. Die DiG setzt sich mit Nachdruck dafür ein, diese Rechte zu bewahren, zu erweitern und an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Im Folgenden erläutern wir, wie wir die Stärkung der Bürgerrechte und -freiheiten in unserem Parteiprogramm verankern:

Garantierter Schutz der individuellen Freiheitsrechte:

Rechtssicherheit und Transparenz: Wir fordern klare gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Grundrechte schützen und staatliche Eingriffe transparent machen. Jede Maßnahme, die in die Freiheit der Bürger eingreift, muss einer strengen Überprüfung standhalten und rechtlich fundiert sein.

Unabhängige Justiz: Eine unabhängige und effiziente Justiz ist essenziell, um Rechtsansprüche durchzusetzen und den Einzelnen vor staatlicher Willkür zu schützen. Wir setzen uns für eine Stärkung und Modernisierung der Justiz ein, sodass sie auch in Zeiten digitaler Transformation verlässlich bleibt.

Schutz der Privatsphäre und Datenhoheit:

- **Datenschutz und digitale Selbstbestimmung:** In einer zunehmend digitalisierten Welt ist der Schutz persönlicher Daten unerlässlich. Wir wollen den Datenschutz stärken, indem wir strenge Regelungen gegen unbefugte Datenverarbeitung durch staatliche und private Akteure etablieren.
- **Transparenz digitaler Überwachung:** Der Ausbau moderner Technologien darf nicht zur Rechtfertigung von Massenüberwachung führen. Wir fordern klare gesetzliche Grenzen, die den Zugriff auf persönliche Informationen streng reglementieren und Bürger vor missbräuchlicher Kontrolle schützen.

Erweiterung der Meinungs- und Informationsfreiheit:

- Medienvielfalt und Pressefreiheit: Eine lebendige Demokratie braucht eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft. Wir fördern Maßnahmen, die den pluralistischen Informationsaustausch sichern und zugleich gegen Zensur und Desinformation vorgehen.
- Förderung des öffentlichen Diskurses: Bürger sollten ermutigt werden, ihre Meinungen frei zu äußern und sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Initiativen zur Stärkung der Meinungsfreiheit und zur Förderung des Dialogs zwischen Bürgern und Politik stehen daher im Mittelpunkt unserer Strategie.

Sicherung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit:

- Aktive Bürgerbeteiligung: Jede Form friedlicher Versammlung und Vereinigungsaktivität ist ein Grundpfeiler demokratischer Partizipation. Wir wollen sicherstellen, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit uneingeschränkt gilt und staatliche Eingriffe in diese Rechte auf ein Minimum reduziert werden.
- Schutz vor Repression: Sollte der Staat Maßnahmen ergreifen, um Versammlungen oder Proteste zu unterbinden, müssen diese immer verhältnismäßig und rechtlich gerechtfertigt sein. Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Protest in jeder Form geschützt bleibt.

Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der digitalen Ära:

- Digitale Bürgerrechte: Die fortschreitende Digitalisierung erfordert neue Ansätze im Schutz der Bürgerrechte. Wir fördern innovative rechtliche Konzepte, die sicherstellen, dass auch in virtuellen Räumen die Grundfreiheiten und Datenschutzrechte gewahrt bleiben.
- Aufklärung und Bildung: Neben gesetzlichen Maßnahmen ist es wichtig, Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte in der digitalen Welt aufzuklären. Programme zur digitalen Bildung und zum bewussten Umgang mit persönlichen Daten sind daher ein zentraler Baustein unserer Politik.

Die DiG sieht die Stärkung der Bürgerrechte und -freiheiten als eine der wichtigsten Aufgaben unseres Staates. Nur in einer Gesellschaft, in der die Rechte jedes Einzelnen geschützt und respektiert werden, kann echter Fortschritt und ein solidarisches Miteinander gelingen. Mit klaren gesetzlichen Regelungen, moderner Infrastruktur und einer konsequenten Umsetzung von Transparenz und Beteiligung schaffen wir die Voraussetzungen für eine demokratische, offene und zukunftsorientierte Gesellschaft – in der jeder Bürger seine Rechte vollumfänglich ausleben und aktiv zur Weiterentwicklung beitragen kann.

4.2. Reform des politischen Systems – Mit klaren Grenzen gegenüber extremistischen Ideologien

Die DiG bekennt sich zu einem demokratischen und reformorientierten politischen System, das auf Transparenz, Bürgerbeteiligung und Effektivität basiert. Gleichzeitig lehnen wir jede Form von Extremismus entschieden ab – sei es von rechts oder links. Unser Reformansatz verfolgt das Ziel, das politische System modern und widerstandsfähig zu gestalten, ohne dabei extremistisches Gedankengut und radikale Gruppen zu befördern oder ihnen den Zugang zu legitimem politischem

Diskurs zu ermöglichen. Im Folgenden erläutern wir die wesentlichen Bausteine unserer Reformvorschläge:

Modernisierung und Demokratisierung der Entscheidungsprozesse

- **Transparenz und Rechenschaftspflicht:** Wir streben nach einer grundlegenden Modernisierung der politischen Institutionen, bei der Entscheidungsprozesse offen und nachvollziehbar gestaltet werden. Dies schließt die Einführung digitaler Beteiligungsformate ein, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihre Meinungen einzubringen und die Politik unmittelbar zu beeinflussen.
- **Effizienz und Bürgernähe:** Durch eine dezentrale Struktur und die Stärkung lokaler Entscheidungsorgane schaffen wir ein System, das schneller und direkter auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagiert. Diese Reformmaßnahmen stehen in deutlicher Abgrenzung zu extremistischer Politik, die oft auf populistische Vereinfachungen und ideologisch gefärbte Alleingänge setzt.

Stärkung der demokratischen Institutionen und Rechtsstaatlichkeit

- **Unabhängige Kontrollinstanzen:** Die Etablierung unabhängiger Gremien zur Kontrolle politischer Entscheidungen sichert, dass Macht nicht missbraucht wird und dass extremistische Gruppierungen, die versuchen, demokratische Prozesse zu untergraben, frühzeitig identifiziert und ausgeschlossen werden können.
- **Schutz vor Extremismus:** Wir bekennen uns zu einem Rechtsstaat, in dem alle politischen Akteure – gleich welcher Couleur – sich an die demokratischen Grundsätze halten müssen. Extremistische Gruppierungen und Parteien, deren Ideologien im Widerspruch zu den Werten von Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit stehen, werden klar von unserem politischen Kurs abgegrenzt.

Förderung einer lebendigen und pluralistischen politischen Kultur

- **Inklusiver Diskurs:** Unser Reformprogramm setzt auf den offenen Austausch von Ideen und die Förderung eines politischen Diskurses, der auf sachlicher Debatte und gegenseitigem Respekt basiert. Dies dient dazu, den Raum für konstruktive Politik zu erweitern und extremistisches Denken, das auf Hetze und Ausgrenzung basiert, konsequent auszuschließen.
- **Bildung und Aufklärung:** Wir legen großen Wert auf politische Bildung und Aufklärung, um Bürgerinnen und Bürger für die Grundprinzipien unserer Demokratie zu sensibilisieren. Durch gezielte Bildungsmaßnahmen stärken wir das Bewusstsein für demokratische Werte und die Gefahren extremistischer Ideologien – von rechts wie von links.

Institutionelle Maßnahmen zur Sicherstellung eines Extremismus resistenten Systems

- **Klare Verfassungsprinzipien:** Die Verfassung bildet das Fundament unserer politischen Ordnung. Eine Reform des politischen Systems muss daher untrennbar mit der Stärkung und dem Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung einhergehen. Extremistische Bestrebungen, die versuchen, diese Ordnung zu untergraben, werden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft.
- **Präventive Strategien:** Neben reaktiven Maßnahmen setzen wir auf präventive Strategien, um Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Dazu

gehört auch die Förderung von Programmen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und extremistisches Gedankengut isolieren.

Die DiG steht für eine grundlegende Reform des politischen Systems, die die demokratischen Prinzipien in den Mittelpunkt stellt und den Bürgerinnen und Bürgern echte Mitbestimmung ermöglicht. Mit diesem Programm bekennen wir uns zu einem offenen, transparenten und modernen Staat, der den Extremismus – gleich welcher Couleur – entschieden den Rücken kehrt. Durch eine konsequente Abgrenzung zu extremistischen Gruppierungen und Parteien stellen wir sicher, dass unser demokratischer Weg auf Vernunft, Inklusion und Rechtsstaatlichkeit basiert und langfristig zum Wohl aller beiträgt.

4.3. Förderung der politischen Teilhabe

Die DiG ist überzeugt, dass eine lebendige Demokratie nur dann gedeihen kann, wenn alle Bürgerinnen und Bürger aktiv in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Wir wollen ein politisches System schaffen, das Teilhabe nicht als Privileg, sondern als Grundrecht versteht – unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Alter oder Bildungsgrad. Unser Ziel ist es, die politische Partizipation zu stärken, Barrieren abzubauen und den Dialog zwischen Staat und Gesellschaft nachhaltig zu fördern.

Niedrigschwellige Beteiligungsformate:

- Digitale Plattformen: Wir setzen auf den Ausbau moderner Informations- und Beteiligungsplattformen, die es allen ermöglichen, ihre Meinung einzubringen, Vorschläge zu diskutieren und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen – auch von zuhause aus. Diese digitalen Formate sollen insbesondere junge Menschen und technisch versierte Bürger ansprechen, ohne dabei jene zu vernachlässigen, die weniger vertraut mit digitalen Medien sind.
- Bürgerforen und -versammlungen: Neben der digitalen Beteiligung fördern wir regelmäßig stattfindende Bürgerforen und Versammlungen auf kommunaler Ebene. Diese Treffen sollen den direkten Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie lokalen Entscheidungsträgern ermöglichen und als Plattform für konstruktive Kritik und innovative Ideen dienen.

Transparenz und Zugänglichkeit politischer Prozesse:

- Offene Informationspolitik: Eine transparente Verwaltung ist die Grundlage für Vertrauen und Mitwirkung. Wir fordern, dass alle politischen Prozesse und Entscheidungsgrundlagen klar kommuniziert werden. Bürgerinnen und Bürger sollen jederzeit nachvollziehen können, wie und warum Entscheidungen getroffen werden – und die Möglichkeit haben, in diese Prozesse einzugreifen.
- Barrierefreiheit: Politische Beteiligung muss für jeden zugänglich sein. Dies bedeutet, dass alle Beteiligungsformate – digital oder analog – barrierefrei gestaltet werden müssen. Wir unterstützen daher den Ausbau von Angeboten, die speziell auf Menschen mit Behinderungen oder besonderen Bedürfnissen zugeschnitten sind.

Förderung politischer Bildung:

- Aufklärung und Weiterbildung: Um die politische Teilhabe zu stärken, ist es unerlässlich, dass Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Möglichkeiten

informiert sind. Wir setzen uns für umfassende Bildungsangebote ein, die das Verständnis für demokratische Prozesse vertiefen, politisches Engagement fördern und kritisches Denken schulen.

- Engagement in Schulen und Hochschulen: Politische Bildung soll von klein auf verankert werden. Durch die Integration von partizipativen Lernformaten in den schulischen und universitären Unterricht bereiten wir die nächste Generation auf ihre aktive Rolle in einer demokratischen Gesellschaft vor.

Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen:

- Stärkung lokaler Gemeinschaften: Lokale Initiativen und Bürgerprojekte sind essenziell für ein lebendiges Miteinander. Wir wollen diese Gruppen durch finanzielle Förderungen, infrastrukturelle Unterstützung und den Abbau bürokratischer Hürden stärken, damit sie als Multiplikatoren für politische Partizipation wirken können.
- Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft: Ein offener Dialog zwischen staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist unabdingbar. Wir fördern deshalb regelmäßige Austauschformate, in denen gemeinsam an Lösungen für aktuelle Herausforderungen gearbeitet wird.

Inklusive Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen:

- Integration marginalisierter Gruppen: Politische Teilhabe darf niemals vom individuellen sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund abhängen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Minderheiten, Migrantinnen und Migranten, ältere Menschen und andere bisher benachteiligte Gruppen aktiv in politische Prozesse eingebunden werden.
- Förderung von Jugendbeteiligung: Die Jugend ist die Zukunft unserer Gesellschaft. Durch spezielle Programme, Jugendparlamente und Mentoring-Initiativen möchten wir jungen Menschen frühzeitig die Möglichkeit geben, sich politisch zu engagieren und ihre Perspektiven in die Entscheidungsfindung einzubringen.

Die Förderung der politischen Teilhabe für jeden Bürgerinnen und Bürger ist für die DiG eine Selbstverständlichkeit und ein zentrales Element unseres Programms. Wir sind überzeugt, dass eine vielfältige und inklusive Beteiligung der Schlüssel zu einer robusten, innovativen und zukunftsorientierten Demokratie ist. Mit gezielten Maßnahmen, der Schaffung offener Beteiligungsräume und der Förderung politischer Bildung legen wir den Grundstein dafür, dass jeder Einzelne die Chance hat, aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitzuwirken – für ein starkes, solidarisches und demokratisches Miteinander.

4.4. Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen

Die DiG ist überzeugt, dass eine demokratische Gesellschaft auf starken und handlungsfähigen Kommunen aufbaut. Die Dezentralisierung ist dabei ein zentrales Element, um den Bürgerinnen und Bürgern mehr direkte Einflussmöglichkeiten zu bieten und die regionale Vielfalt zu fördern. Durch eine gezielte Stärkung der Kommunen schaffen wir Rahmenbedingungen, in denen lokale Akteure schneller und flexibler auf die Bedürfnisse ihrer Gemeinschaften reagieren können

Erhöhung der kommunalen Autonomie:

- **Finanzielle Unabhängigkeit:** Wir fordern eine Reform der Finanzstrukturen, um den Kommunen mehr eigene Einnahmequellen und damit eine größere finanzielle Eigenständigkeit zu ermöglichen. Dies beinhaltet auch die Überprüfung und Anpassung der Verteilung staatlicher Fördermittel, sodass diese den regionalen Besonderheiten gerecht werden.
- **Entscheidungskompetenz vor Ort:** Die DiG setzt sich dafür ein, dass Entscheidungen – insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Kultur und öffentliche Sicherheit – vermehrt auf kommunaler Ebene getroffen werden. Dies verkürzt Entscheidungswege und ermöglicht eine maßgeschneiderte Politik, die den lokalen Gegebenheiten entspricht.

Förderung lokaler Initiativen und Bürgerbeteiligung:

- **Stärkung der Zivilgesellschaft:** Durch die Förderung lokaler Bürgerprojekte und Initiativen möchten wir die aktive Mitgestaltung vor Ort unterstützen. Dies soll nicht nur die Lebensqualität in den Kommunen erhöhen, sondern auch das bürgerschaftliche Engagement stärken und eine enge Bindung zwischen Verwaltung und Bevölkerung schaffen.
- **Partizipative Planung:** Wir setzen auf partizipative Prozesse, in denen Bürgerinnen und Bürger, lokale Unternehmen und Organisationen gemeinsam mit den Kommunen langfristige Entwicklungsstrategien erarbeiten. Der regelmäßige Austausch in Bürgerforen und Workshops sorgt dafür, dass regionale Bedürfnisse und innovative Ideen in die kommunale Politik einfließen.

Optimierung der kommunalen Verwaltung:

- **Digitalisierung und moderne Verwaltung:** Die DiG strebt eine umfassende Digitalisierung kommunaler Verwaltungsprozesse an, um Bürokratie abzubauen und die Effizienz zu steigern. Online-Dienste, digitale Bürgerportale und transparente Verwaltungsabläufe sollen den Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen und schnellen Zugang zu den Dienstleistungen der Kommune ermöglichen.
- **Weiterbildung und Qualifizierung:** Um die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung zu erhöhen, setzen wir auf gezielte Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme für kommunale Mitarbeitende. Dies stellt sicher, dass moderne Verwaltungsaufgaben kompetent und bürgernah umgesetzt werden können.

Regionale Vernetzung und Zusammenarbeit:

- **Kooperative Strukturen:** Die Herausforderungen unserer Zeit erfordern oft regionale Lösungsansätze, die über die Grenzen einzelner Kommunen hinausgehen. Wir fördern daher die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen benachbarten Kommunen, um gemeinsame Projekte in den Bereichen Infrastruktur, Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung erfolgreich umzusetzen.
- **Stärkung ländlicher Räume:** Besonders in ländlichen Regionen ist es wichtig, den Anschluss an städtische Zentren zu verhindern. Durch gezielte Maßnahmen zur Infrastrukturentwicklung, den Ausbau digitaler Netze und die Förderung regionaler

Wirtschaftskonzepte wollen wir die Attraktivität und Selbstständigkeit ländlicher Gebiete nachhaltig stärken.

Nachhaltige und zukunftsorientierte kommunale Entwicklung:

- Umweltschutz und Klimaschutz vor Ort: Die kommunale Ebene spielt eine entscheidende Rolle im Klimaschutz. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen die nötigen Kompetenzen und Ressourcen erhalten, um nachhaltige Umweltprojekte umzusetzen, erneuerbare Energien zu fördern und die lokale Mobilität zukunftsorientiert zu gestalten.
- Soziale Infrastruktur und Lebensqualität: Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Einrichtungen sind essenziell für die Lebensqualität vor Ort. Die DiG möchte sicherstellen, dass Kommunen die nötige Autonomie und finanzielle Ausstattung haben, um auch in diesen Bereichen eigenverantwortlich und passgenau Lösungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln.

Die Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen sind für die DiG nicht nur ein politisches Ziel, sondern auch ein Bekenntnis zu einem lebendigen, bürgernahen und zukunftsorientierten Staat. Indem wir den Kommunen mehr Entscheidungskompetenz, finanzielle Unabhängigkeit und die Möglichkeit zur aktiven Bürgerbeteiligung einräumen, legen wir den Grundstein für eine Gesellschaft, in der regionale Vielfalt und lokaler Zusammenhalt den Weg in eine demokratische und nachhaltige Zukunft ebnen.

Außenpolitik – Für ein geeintes, werteorientiertes und zukunftsorientiertes globales Miteinander

Die DiG steht für eine aktive und verantwortungsbewusste Außenpolitik, die den Zusammenhalt in Europa und weltweit stärkt. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Zukunft in einer solidarischen internationalen Gemeinschaft liegt, die auf gemeinsamen Werten, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung basiert. In einer zunehmend vernetzten Welt setzen wir uns für eine Politik ein, die nicht nur den Frieden und die Sicherheit unserer eigenen Nation, sondern auch das Wohlergehen aller Völker fördert. Dabei orientieren wir uns an vier zentralen Säulen:

- Stärkung der europäischen Zusammenarbeit: Wir sehen Europa als Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen und setzen uns für einen vertieften politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhalt innerhalb der EU ein. Eine geeinte europäische Stimme stärkt unsere Position in der Welt und sichert den Frieden auf dem Kontinent.
- Engagement für Menschenrechte und Demokratie weltweit: Menschenrechte und demokratische Prinzipien sind das Fundament einer gerechten Gesellschaft. Die DiG tritt weltweit für den Schutz der Menschenwürde, die Förderung der Freiheit und den Aufbau demokratischer Strukturen ein – auch dort, wo autoritäre Regime vorherrschen.
- Nachhaltige Entwicklung in der internationalen Zusammenarbeit: Unser Ansatz in der Außenpolitik basiert auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Wir fördern internationale Projekte und Partnerschaften, die ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität in den Mittelpunkt stellen und so langfristige Entwicklungschancen eröffnen.
- Sicherheitspolitische Partnerschaften: In einer Zeit globaler Unsicherheiten ist es entscheidend, verlässliche und partnerschaftliche Beziehungen aufzubauen. Wir setzen uns für Sicherheitspolitik ein, die auf Kooperation, Dialog und der gemeinsamen Bewältigung von

Krisen beruht – für ein stabiles internationales Umfeld, das den Weg für Fortschritt und Frieden ebnet.

Mit dieser außenpolitischen Vision will die DiG dazu beitragen, eine Welt zu gestalten, in der Zusammenarbeit, Werteorientierung und nachhaltige Entwicklung Hand in Hand gehen – zum Wohl aller Menschen und im Sinne eines dauerhaften Friedens.

5.1. Stärkung der europäischen Zusammenarbeit

Die DiG sieht die europäische Zusammenarbeit als zentralen Baustein für eine friedliche, stabile und prosperierende Zukunft auf unserem Kontinent. Eine vertiefte Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Asylpolitik, Sicherheitspolitik, Verteidigungspolitik sowie im europäischen Außenhandel bildet das Fundament, um gemeinsame Herausforderungen effizient und nachhaltig zu meistern. Unsere Vision für ein geeintes Europa beruht auf den folgenden Kernpunkten:

Wirtschaftliche Integration und Wettbewerbsfähigkeit

- Förderung des Binnenmarktes: Wir setzen uns dafür ein, den europäischen Binnenmarkt weiter zu harmonisieren, indem wir bürokratische Hürden abbauen, digitale Infrastrukturen ausbauen und gemeinsame Standards etablieren. So soll der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr gestärkt werden.
- Investitionen in Innovation und Nachhaltigkeit: Gemeinsame Investitionsprojekte, insbesondere in den Bereichen grüne Technologien, Digitalisierung und nachhaltige Mobilität, sollen Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum fördern. Wir unterstützen Initiativen, die europäische Unternehmen stärken und zugleich ökologische Ziele in den Mittelpunkt stellen.
- Faire Wettbewerbsregeln: Durch die Abstimmung nationaler Wirtschaftspolitiken auf europäischer Ebene möchten wir einen fairen Wettbewerb sicherstellen, Marktverzerrungen verhindern und gleichzeitig die Interessen der Verbraucher und kleinen bis mittleren Unternehmen schützen.

Eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik

- Solidarische Verantwortungsteilung: Die DiG fordert ein gemeinsames europäisches Asylsystem, das auf Solidarität und Fairness basiert. Durch die Entwicklung gemeinsamer Asylverfahren und die Verteilung von Flüchtlingen unter den Mitgliedsstaaten soll die Überlastung einzelner Länder vermieden werden.
- Effiziente und humane Verfahren: Wir streben an, Asylverfahren zu standardisieren und zu beschleunigen, um den Schutzbedürftigen zeitnah Sicherheit zu bieten und zugleich Missbrauch zu verhindern. Unterstützt werden sollen dabei Maßnahmen zur Integration und sprachlichen sowie beruflichen Qualifizierung von Geflüchteten.
- Internationale Zusammenarbeit: Durch eine verstärkte Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern soll der Migrationsursachenbekämpfung ein effektiver Rahmen gegeben werden, der sowohl humanitären Verpflichtungen als auch nationalen Sicherheitsinteressen gerecht wird.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- Stärkung der europäischen Sicherheitsarchitektur: Die DiG setzt sich für eine intensivere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in Sicherheitsfragen ein.

Gemeinsame Strategien zur Terrorismusbekämpfung, Cyberabwehr und Krisenprävention sollen entwickelt werden, um auf Bedrohungen effektiv reagieren zu können.

- Europäische Verteidigungsinitiativen: Wir befürworten den Ausbau gemeinsamer Verteidigungsprojekte, die die europäische Rüstungsindustrie modernisieren und die Interoperabilität der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten verbessern. Eine engere Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen soll die Autonomie Europas stärken und das transatlantische Bündnis ergänzen.
- Koordination und Krisenmanagement: Durch die Einrichtung gemeinsamer Krisenreaktionsmechanismen und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit zivilen Organisationen soll Europa in der Lage sein, in internationalen Konflikten schnell und entschlossen zu handeln.

Stärkung des europäischen Außenhandels

- Einheitliche Handelsstrategien: Ein kohärenter europäischer Ansatz im Außenhandel ermöglicht es, auf globalen Märkten starke Verhandlungspositionen zu entwickeln. Wir streben an, einheitliche Standards und eine gemeinsame Handelspolitik zu etablieren, die sowohl den freien Markt fördert als auch faire Handelspraktiken sichert.
- Nachhaltige Handelsabkommen: Die DiG befürwortet die Schließung von Handelsabkommen, die ökologische, soziale und arbeitsrechtliche Standards verankern. So soll der europäische Außenhandel zu einer treibenden Kraft für nachhaltige Entwicklung weltweit werden.
- Schutz strategischer Industrien: Der Schutz und die Förderung strategisch wichtiger Wirtschaftszweige stehen im Zentrum unserer Handelspolitik. Durch koordinierte Maßnahmen können Abhängigkeiten reduziert und die wirtschaftliche Resilienz Europas gestärkt werden.

Die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit in den genannten Bereichen ist für die DiG eine Selbstverständlichkeit und ein entscheidender Schritt, um den Herausforderungen des globalisierten Zeitalters begegnen zu können. Mit einer kohärenten und werteorientierten Politik schaffen wir die Voraussetzungen für ein Europa, das wirtschaftlich stark, sozial gerecht, sicher und nachhaltig ist – ein Europa, in dem alle Mitgliedsstaaten gemeinsam für Frieden, Stabilität und Wohlstand eintreten.

5.2. Engagement für Menschenrechte und Demokratie in Europa und weltweit

Die DiG bekennt sich zu einer aktiven und konsequenten Politik, die die Achtung der Menschenwürde, die Wahrung der Menschenrechte und die Förderung demokratischer Strukturen in den Mittelpunkt stellt – sowohl in Europa als auch weltweit. Unser Ziel ist es, die Grundlagen einer gerechten und offenen Gesellschaft zu stärken, in der jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sozialem Status in Freiheit und Sicherheit leben kann. Um dieses Ziel zu erreichen, umfasst unser Engagement folgende Schwerpunkte:

Verstärkung der institutionellen Rahmenbedingungen

- Förderung demokratischer Institutionen: Wir setzen uns für den Ausbau und die Festigung demokratischer Institutionen ein. Dazu gehört die Unterstützung von Parlamenten, unabhängigen Medien, einer freien Zivilgesellschaft und einer

unabhängigen Justiz, die als Garantien gegen Machtmissbrauch und Korruption dienen.

- Stärkung internationaler Menschenrechtsorgane: Die DiG unterstützt die Arbeit internationaler Organisationen und Abkommen, wie den Europarat, die UN-Menschenrechtskommission und regionale Menschenrechtsabkommen, um weltweit einheitliche Standards für Menschenrechte und Demokratie zu etablieren und durchzusetzen.

Aktive Förderung von Menschenrechten und Demokratie vor Ort

- Unterstützung von Freiheitsbewegungen: Wir engagieren uns aktiv für die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern, politischen Aktivisten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für demokratische Werte und die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards einsetzen – auch in Ländern, in denen diese Rechte bedroht sind.
- Bildungs- und Aufklärungsprogramme: Die Sensibilisierung für Menschenrechte und demokratische Prinzipien bildet einen Grundpfeiler unserer Politik. Wir fördern Bildungs- und Aufklärungsprogramme, die Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte informieren und den demokratischen Diskurs in allen Gesellschaftsschichten stärken.

Europäische Vorbildfunktion und interkultureller Dialog

- Stärkung der Menschenrechtsagenda in Europa: Europa soll als Leuchtturm für die Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Standards fungieren. Die DiG arbeitet daran, innerhalb Europas einheitliche Standards zu etablieren und Maßnahmen zu fördern, die Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Minderheitenschutz stärken.
- Interkultureller Austausch: Durch den interkulturellen Dialog möchten wir Brücken zwischen verschiedenen Gesellschaften bauen. Initiativen, die den Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen europäischen und internationalen Partnern fördern, sind für uns essenziell, um gegenseitiges Verständnis und Toleranz zu stärken.

Internationale Zusammenarbeit und globales Engagement

- Diplomatische Initiativen: Die DiG setzt sich für eine aktive diplomatische Rolle Europas ein, um weltweit für Menschenrechte und Demokratie einzutreten. Dies beinhaltet den Dialog mit Regierungen, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, um menschenrechtswidrige Praktiken zu bekämpfen und demokratische Reformen zu unterstützen.
- Entwicklungspolitik als Menschenrechtspolitik: Wir sehen Entwicklungszusammenarbeit als integralen Bestandteil unserer Außenpolitik. Durch nachhaltige Entwicklungsprojekte wollen wir nicht nur wirtschaftliche Chancen schaffen, sondern auch demokratische Strukturen fördern und so langfristig die Menschenrechte stärken.

Reaktionsmechanismen und Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen

- Transparente Rechenschaftspflicht: Staaten und Institutionen, die systematisch Menschenrechte verletzen, müssen international zur Verantwortung gezogen

werden. Wir befürworten klare Mechanismen, die solche Verstöße dokumentieren und bei Bedarf auch Sanktionsmaßnahmen ermöglichen.

- Förderung von Rechtsstaatlichkeit: Die DiG fordert die internationale Gemeinschaft dazu auf, Rechtsstaatlichkeit als unverrückbaren Standard anzuerkennen. Maßnahmen zur Unterstützung unabhängiger Gerichte und zur Bekämpfung von Korruption tragen dazu bei, Menschenrechtsverletzungen effektiv zu bekämpfen.

Das Engagement für Menschenrechte und Demokratie ist für die DiG ein zentraler Pfeiler einer verantwortungsvollen und zukunftsweisenden Außenpolitik. Durch den konsequenten Einsatz für demokratische Werte, die Unterstützung von Menschenrechtsaktivisten und den Ausbau internationaler Kooperationsstrukturen streben wir an, ein globales Klima des Respekts, der Toleranz und der Freiheit zu schaffen – zum Wohle aller Menschen und als Fundament für eine friedliche und gerechte Weltordnung.

5.3. Nachhaltige Entwicklung in der internationalen Zusammenarbeit

Die DiG betrachtet nachhaltige Entwicklung als zentralen Pfeiler einer verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Außenpolitik. Angesichts globaler Herausforderungen – von den Auswirkungen des Klimawandels über soziale Ungleichheiten bis hin zu ökonomischen Krisen – ist es unerlässlich, internationale Kooperationen auf eine solide Basis von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit zu stellen. Unser Ziel ist es, globale Partnerschaften zu fördern, die nicht nur kurzfristige Interessen bedienen, sondern langfristig zum Wohl aller Nationen und Generationen beitragen.

Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien in die internationale Zusammenarbeit

- Ganzheitlicher Ansatz: Wir fordern, dass alle internationalen Projekte und Abkommen die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Umwelt, Wirtschaft und Soziales – gleichermaßen berücksichtigen. Dies bedeutet, dass Entwicklungszusammenarbeit, Handelspolitik und multilaterale Verträge so gestaltet werden, dass sie zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen, zum Schutz natürlicher Ressourcen und zur Förderung sozialer Gerechtigkeit beitragen.
- Verbindliche Nachhaltigkeitskriterien: Bei der Vergabe von Fördermitteln und Investitionen sollen klare ökologische und soziale Standards gesetzt werden. Internationale Kooperationen müssen nachhaltig wirtschaften und dabei Transparenz sowie Rechenschaftspflicht sicherstellen.

Förderung grüner Technologien und Innovationen

- Technologietransfer und Forschung: Die DiG setzt sich dafür ein, dass grüne Technologien und nachhaltige Innovationen weltweit gefördert werden. Der Austausch von Wissen, Forschungsergebnissen und Technologien zwischen Industrie- und Entwicklungsländern soll vorangetrieben werden, um gemeinsam Lösungen für den Klimaschutz und die Ressourcenschonung zu entwickeln.
- Internationale Förderprogramme: Durch den Ausbau internationaler Förderprogramme sollen nachhaltige Projekte – etwa im Bereich erneuerbarer Energien, Energieeffizienz oder nachhaltiger Landwirtschaft – unterstützt und deren Umsetzung beschleunigt werden.

Nachhaltiger Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit

- Faire Handelsabkommen: Wir befürworten den Abschluss von Handelsabkommen, die nicht nur wirtschaftliche Vorteile sichern, sondern auch ökologische und soziale Mindeststandards festschreiben. Nachhaltiger Außenhandel muss die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen und besonders den Bedürfnissen von Entwicklungsländern gerecht werden.
- Stärkung lokaler Wirtschaften: Internationale Kooperationen sollen darauf abzielen, lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Durch die Förderung von nachhaltigem Unternehmertum und fairen Handelspraktiken wird die Abhängigkeit von volatilen globalen Märkten reduziert und langfristig eine stabile wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet.

Globale Partnerschaften und multilaterale Zusammenarbeit

- Koordination internationaler Initiativen: Nachhaltige Entwicklung erfordert koordinierte Anstrengungen auf globaler Ebene. Die DiG setzt sich für eine enge Zusammenarbeit in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank und anderen multilateralen Institutionen ein, um globale Standards zu etablieren und durchzusetzen.
- Stärkung von Süd-Süd-Kooperationen: Neben der traditionellen Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern soll auch der Austausch und die Kooperation zwischen den Entwicklungsländern intensiviert werden. Dies fördert den Wissenstransfer und die Eigenständigkeit von Ländern, die gemeinsam vor ähnlichen Herausforderungen stehen.

Soziale Gerechtigkeit und Inklusion in der Entwicklungszusammenarbeit

- Menschenrechtsbasierte Ansätze: Nachhaltige Entwicklung schließt die konsequente Wahrung und Förderung von Menschenrechten ein. Internationale Projekte müssen darauf ausgerichtet sein, Armut zu bekämpfen, Bildung zu fördern und die Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu sichern.
- Partizipation und Mitbestimmung: Die betroffenen Gemeinschaften sollen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um passgenaue und akzeptierte Lösungen zu entwickeln. Dies stärkt die lokale Resilienz und sichert langfristig den Erfolg nachhaltiger Entwicklungsmaßnahmen.

Die DiG steht für eine internationale Zusammenarbeit, die sich an den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung orientiert. Durch die Verknüpfung von ökologischer Verantwortung, wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Gerechtigkeit wollen wir globale Partnerschaften schaffen, die nicht nur den aktuellen Herausforderungen begegnen, sondern auch den Weg für eine friedliche und lebenswerte Zukunft ebnen. Nachhaltigkeit in der internationalen Zusammenarbeit ist für uns der Schlüssel, um den Wohlstand und die Freiheit aller Menschen langfristig zu sichern – im Einklang mit unserem Planeten und den kommenden Generationen.

5.4. Sicherheitspolitische Partnerschaften – Stärkung der transatlantischen Allianz, Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit und Dialog mit Partnern außerhalb des transatlantischen Bündnisses

Die DiG setzt sich für eine zukunftsweisende Sicherheitspolitik ein, die auf gemeinsamen Werten, kollektiver Verteidigung und umfassender Kooperation basiert. In einer sich stetig verändernden globalen Sicherheitslandschaft sehen wir es als unsere Pflicht an, unsere bestehenden Bündnisse zu festigen und neue Partnerschaften zu initiieren – sowohl innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft als auch darüber hinaus. Unser Konzept gliedert sich in folgende Schwerpunkte:

Stärkung der transatlantischen Allianz – NATO als Garant der kollektiven Sicherheit

- Verteidigung gemeinsamer Werte: Die NATO bleibt das Rückgrat der transatlantischen Sicherheit. Die DiG bekennt sich zur Zusammenarbeit innerhalb der Allianz, um die freiheitliche Grundordnung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen.
- Moderne und anpassungsfähige Strukturen: Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der NATO ein, um aktuellen Bedrohungen wie Cyberangriffen, hybriden Kriegsführungen und Terrorismus effektiv zu begegnen. Hierzu gehört auch die Stärkung der Krisenreaktionsmechanismen und der Ausbau der gemeinsamen strategischen Planung.
- Lastenteilung und Solidarität: Eine gerechte Verteilung der Verteidigungsausgaben und eine engere Abstimmung der Mitgliedsstaaten sind wesentliche Ziele, um die Effektivität der NATO zu sichern und ihre Anpassungsfähigkeit in einem komplexen Sicherheitsumfeld zu gewährleisten. Die DiG bekennt sich zur Einhaltung des 2%-Zieles des Bruttoinlandsprodukts für die NATO-Finanzierung und strebt eine schrittweise Erhöhung dieses Anteils auf 4% des Bruttoinlandsprodukts jedes Mitgliedsstaates bis zum Jahr 2035 an.

Vertiefung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- Europäische Verteidigungsunion: Die DiG unterstützt die Initiativen zur Schaffung einer eigenständigen europäischen Verteidigungs- und Krisenreaktionsfähigkeit. Eine enge Zusammenarbeit innerhalb der EU ermöglicht es, Sicherheitsinteressen gemeinschaftlich zu wahren und schnell auf regionale Krisen zu reagieren.
- Integration europäischer Sicherheitsstrukturen: Wir fördern den Ausbau gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungsprojekte, um Synergien zwischen den nationalen Streitkräften der Mitgliedsstaaten zu nutzen. Dies umfasst den Austausch von Informationen, die gemeinsame Entwicklung von Technologien und die Etablierung gemeinsamer Einsatzstrukturen.
- Koordination mit der NATO: Eine effektive europäische Sicherheitspolitik schließt eine enge Abstimmung mit der NATO ein. Die DiG befürwortet daher einen konstruktiven Dialog zwischen EU und NATO, um Überschneidungen zu vermeiden und komplementäre Stärken zu bündeln.

Dialog und Partnerschaften mit Ländern außerhalb des transatlantischen Bündnisses

- Multilaterale Zusammenarbeit: Die DiG sieht in der Zusammenarbeit mit Partnern weltweit einen essenziellen Baustein für eine globale Sicherheitsarchitektur. Durch den Aufbau bilateraler und multilateraler Sicherheitsdialoge möchten wir

- gemeinsame Herausforderungen, wie etwa den internationalen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität, wirkungsvoll bekämpfen.
- Regionale Sicherheitskooperationen: In strategisch wichtigen Regionen – etwa im asiatisch-pazifischen Raum, im Nahen Osten oder in Afrika – setzen wir auf den Ausbau regionaler Sicherheitsnetzwerke, die auf Vertrauen, Dialog und partnerschaftlicher Zusammenarbeit beruhen.
 - Förderung von Stabilität und Rechtsstaatlichkeit: Unsere sicherheitspolitischen Partnerschaften außerhalb des transatlantischen Bündnisses sollen auch dazu beitragen, die Grundlagen für stabile und rechtsstaatliche Gesellschaften zu schaffen. Dies beinhaltet sowohl sicherheitspolitische als auch entwicklungspolitische Maßnahmen, um langfristigen Frieden und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Verbindende Elemente und gemeinsame Ziele

- Kooperation auf Basis gemeinsamer Werte: Ob innerhalb der NATO, der Europäischen Union oder in Dialogen mit anderen Staaten – die DiG steht für Sicherheitspartnerschaften, die auf den gemeinsamen Werten von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten fußen.
- Flexibilität und Zukunftsorientierung: Unsere sicherheitspolitischen Maßnahmen müssen flexibel genug sein, um auf unvorhersehbare Bedrohungen reagieren zu können. Wir unterstützen innovative Ansätze und technologische Entwicklungen, die dazu beitragen, Sicherheitsstrategien kontinuierlich an die sich wandelnde globale Lage anzupassen.
- Transparenz und demokratische Kontrolle: Eine nachhaltige Sicherheitspolitik erfordert neben militärischer Stärke auch einen offenen Dialog mit der Bevölkerung. Die DiG fordert daher, dass sicherheitspolitische Entscheidungen transparent getroffen und regelmäßig durch demokratische Institutionen überprüft werden.

Die DiG bekennt sich zu einem umfassenden Sicherheitskonzept, das die transatlantische Allianz stärkt, die europäische Sicherheitsarchitektur vertieft und den internationalen Dialog mit Partnern außerhalb des transatlantischen Bündnisses ausbaut. Durch diesen integrativen Ansatz wollen wir eine stabile, gerechte und zukunftssichere globale Sicherheitsordnung schaffen – im Sinne unserer gemeinsamen Werte und im Interesse aller beteiligten Nationen.

Rentenpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

Die Rentenpolitik ist das Rückgrat eines jeden modernen Sozialstaats und ein entscheidender Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sichert den sozialen Frieden und gewährleistet, dass alle Bürgerinnen und Bürger – ungeachtet ihrer individuellen Lebensumstände – im Alter einen würdevollen und finanziell abgesicherten Lebensstandard genießen können. Im Angesicht grundlegender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen ist es unumgänglich, das Rentensystem zukunftssicher zu gestalten und den Herausforderungen unserer Zeit proaktiv zu begegnen.

1.1. Bedeutung einer zukunftssicheren Rentenpolitik

Eine zukunftssichere Rentenpolitik bedeutet mehr als die bloße Bereitstellung finanzieller Mittel im Alter. Sie ist Ausdruck einer Verantwortung, die heutige Generation für die Lebensqualität zukünftiger Generationen übernimmt. Für uns als DiG steht fest: Ein verlässliches Rentensystem ist nicht nur ein soziales Sicherheitsnetz, sondern auch ein Garant für gesellschaftliche Stabilität. Es

schafft Vertrauen in die Zukunft und ermöglicht es den Menschen, ihr Leben aktiv und ohne ständige Existenzängste zu gestalten. Gleichzeitig ist eine anpassungsfähige Rentenpolitik ein entscheidender Wettbewerbsvorteil in einer globalisierten Welt, in der wirtschaftliche Dynamiken und demografische Entwicklungen ständig neue Herausforderungen mit sich bringen.

1.2. Herausforderungen des demografischen Wandels und globaler Wirtschaftstrends

Die demografische Entwicklung stellt unsere Rentensysteme vor enorme Herausforderungen: Sinkende Geburtenraten, steigende Lebenserwartung und der zunehmende Fachkräftemangel verändern die Zusammensetzung unserer Gesellschaft grundlegend. Diese Entwicklungen führen zu einem wachsenden Druck auf die Rentenkassen, da immer weniger Erwerbstätige für eine wachsende Zahl an Rentnern aufkommen müssen. Parallel dazu zwingen globale Wirtschaftstrends zu einer kontinuierlichen Anpassung der Arbeitsmärkte und Sozialversicherungssysteme. Die DiG erkennt, dass diese Herausforderungen nur durch innovative, flexible und sozial ausgewogene Reformen bewältigt werden können – Reformen, die sowohl wirtschaftliche Effizienz als auch soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.

1.3. Grundsätze der DiG: Solidarität, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Unsere Rentenpolitik orientiert sich an den grundlegenden Werten Solidarität, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

- **Solidarität:** Wir sind überzeugt, dass eine gerechte Gesellschaft darauf basiert, dass alle ihre Verantwortung füreinander übernehmen. Solidarität bedeutet, dass jeder seinen Beitrag leistet und gleichzeitig sicherstellt, dass niemand im Alter zurückgelassen wird.
- **Generationengerechtigkeit:** Eine nachhaltige Rentenpolitik muss die Interessen der aktuellen und zukünftigen Generationen gleichermaßen berücksichtigen. Die Lasten und Chancen der sozialen Absicherung sollen fair verteilt werden, sodass heutige Generationen nicht überproportional benachteiligt und zukünftige Generationen nicht mit untragbaren Schulden belastet werden.
- **Nachhaltigkeit:** Nachhaltigkeit in der Rentenpolitik heißt, langfristig stabile, anpassungsfähige und belastbare Systeme zu schaffen. Dies erfordert vorausschauende Reformen, die sowohl finanzielle als auch demografische Entwicklungen berücksichtigen und dabei ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in Einklang bringen.

Mit diesen Grundsätzen als Leitmotiv will die DiG ein Rentensystem aufbauen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird – ein System, das Sicherheit und Perspektive bietet, das Solidarität lebt und Generationen übergreifend für ein stabiles und gerechtes Miteinander sorgt.

Die Rentenpolitik der DiG orientiert sich an klar definierten Zielen, die darauf abzielen, ein zukunftsfähiges, gerechtes und stabiles System zu schaffen. Diese Ziele sollen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Alter über eine angemessene finanzielle Absicherung verfügen, während gleichzeitig soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität gewahrt bleiben. Im Folgenden werden die zentralen Zielsetzungen unserer Rentenpolitik im Detail erläutert:

2.1. Sicherung einer angemessenen Altersvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger

Die DiG setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch – unabhängig von seinem sozialen, beruflichen oder wirtschaftlichen Hintergrund – Anspruch auf eine verlässliche und angemessene Altersvorsorge hat.

- Umfassender Schutz: Unser Ziel ist es, ein Rentensystem zu etablieren, das allen Bürgerinnen und Bürgern ein Mindesteinkommen im Alter garantiert, sodass sie ein würdevolles Leben führen können.
- Zugang für alle: Wir möchten bürokratische Hürden abbauen und sicherstellen, dass alle Bevölkerungsgruppen – einschließlich Geringverdiener, Selbstständige und Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen – unkomplizierten Zugang zu ihren Rentenansprüchen erhalten.
- Anpassungsfähigkeit: Die Rentenleistungen sollen regelmäßig an die wirtschaftlichen Gegebenheiten und die Lebenshaltungskosten angepasst werden, um den realen Bedarf der Rentnerinnen und Rentner abzubilden.

2.2. Schaffung von Rentensystemen, die sozialen Ausgleich und wirtschaftliche Stabilität gewährleisten

Ein zentrales Anliegen der DiG ist es, Rentensysteme zu gestalten, die nicht nur den individuellen Schutz im Alter sichern, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität unserer Gesellschaft fördern.

- Sozialer Ausgleich: Wir setzen auf Mechanismen, die Einkommensunterschiede ausgleichen und benachteiligte Gruppen gezielt unterstützen. Das Ziel ist es, eine gerechte Verteilung der Rentenleistungen zu erreichen und Altersarmut zu verhindern.
- Wirtschaftliche Stabilität: Durch vorausschauende und flexible Finanzierungsmodelle soll das Rentensystem zu einem stabilen Pfeiler der Volkswirtschaft werden. Dies schließt auch die Schaffung von Anreizen für zusätzliche private und betriebliche Altersvorsorge ein, um die staatlichen Systeme zu entlasten und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

2.3. Förderung der Generationengerechtigkeit: Balance zwischen den Generationen

Generationengerechtigkeit ist ein zentrales Prinzip unserer Rentenpolitik. Die DiG ist überzeugt, dass die soziale Absicherung im Alter so gestaltet sein muss, dass die Lasten und Vorteile fair zwischen den Generationen verteilt werden.

- Ausgewogene Belastung: Wir streben an, dass die Finanzierung des Rentensystems nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung der jüngeren Generation führt. Gleichzeitig soll die aktuelle Generation nicht auf Kosten einer ungesicherten Zukunft aufkommen.
- Intergenerationelle Solidarität: Durch die Einführung von Instrumenten, die den Beitrag und die Ansprüche aller Generationen berücksichtigen, möchten wir den sozialen Zusammenhalt stärken. Hierzu zählt auch die Förderung von Bildungs- und Arbeitsmarktmaßnahmen, die

den Übergang in die Erwerbsarbeit erleichtern und somit langfristig zu einem ausgewogenen Beitragssystem beitragen.

- Langfristige Perspektive: Wir setzen auf Reformen, die sicherstellen, dass das Rentensystem auch in Zukunft den demografischen Veränderungen standhält, ohne dabei eine Generation zu benachteiligen.

2.4. Langfristige Finanzierbarkeit und Nachhaltigkeit des Rentensystems

Um die Stabilität des Rentensystems langfristig zu sichern, ist es essenziell, finanzielle Belastungen frühzeitig zu erkennen und nachhaltige Modelle zur Finanzierung zu entwickeln.

- Nachhaltige Finanzierungsmodelle: Wir befürworten eine Kombination aus staatlichen Beiträgen, privaten Vorsorgemaßnahmen und betrieblicher Altersvorsorge, die das Risiko breit verteilt und gleichzeitig auf solide wirtschaftliche Grundlagen gestellt ist.

- Anpassungsfähigkeit an ökonomische Veränderungen: Unsere Rentenpolitik muss flexibel genug sein, um auf Schwankungen der Wirtschaftslage, veränderte Arbeitsmärkte und demografische Entwicklungen reagieren zu können. Dies beinhaltet regelmäßige Überprüfungen und Anpassungen der Beitrags- und Leistungsformeln.

- Transparenz und Kontrolle: Ein nachhaltiges Rentensystem erfordert zudem ein hohes Maß an Transparenz und öffentlicher Kontrolle, um Misswirtschaft und Ineffizienzen zu vermeiden. Wir setzen auf regelmäßige Evaluationen und klare Rechenschaftsstrukturen, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Stabilität und Zukunftsfähigkeit des Systems stärken.

Die Ziele der Rentenpolitik der DiG bilden das Fundament für ein System, das soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität miteinander vereint. Durch die Sicherung einer angemessenen Altersvorsorge, die Schaffung sozial ausgleichender und wirtschaftlich stabiler Systeme, die Förderung der Generationengerechtigkeit und die Gewährleistung der langfristigen Finanzierbarkeit legen wir den Grundstein für ein Rentensystem, das den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist und den Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht wird.

3. Reform der gesetzlichen Rentenversicherung

Um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen eines sich wandelnden demografischen und wirtschaftlichen Umfelds gerecht zu werden, strebt die DiG eine tiefgreifende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung an. Ziel ist es, ein zukunftssicheres, gerechtes und transparentes Rentensystem zu etablieren, das den Bedürfnissen aller Generationen gerecht wird. Im Folgenden werden die zentralen Reformbausteine detailliert erläutert:

3.1. Anpassung der Rentenformel an demografische Veränderungen

Die klassische Rentenformel muss an die veränderten Lebensrealitäten und demografischen Entwicklungen angepasst werden, um langfristig ein stabiles und gerechtes Rentensystem zu gewährleisten.

- Berücksichtigung des demografischen Wandels:

Die steigende Lebenserwartung und sinkende Geburtenraten führen zu einer Verschiebung in der Altersstruktur. Die Rentenformel soll daher so modifiziert werden, dass diese Entwicklungen angemessen berücksichtigt werden. Ziel ist es, auch in Zeiten des demografischen Umbruchs eine ausreichende Rentenhöhe zu garantieren, ohne die Finanzierbarkeit des Systems zu gefährden.

- Integration individueller Erwerbsbiografien:

Um unterschiedliche Lebens- und Erwerbsverläufe gerecht abzubilden, wird die Formel künftig Faktoren wie Kindererziehungszeiten, Pflegezeiten sowie Zeiten der Arbeitslosigkeit stärker einbeziehen. Dies soll dazu führen, dass Beitragsausfälle in bestimmten Lebensphasen nicht zu übermäßigen Rentenkürzungen führen.

- Dynamische Anpassung:

Es wird ein Mechanismus etabliert, der die Rentenformel regelmäßig an aktuelle demografische und wirtschaftliche Kennzahlen anpasst. Dies stellt sicher, dass das System auch in Zukunft flexibel auf Veränderungen reagieren kann und langfristig stabil bleibt.

3.2. Verbesserung der Beitragsgerechtigkeit und Flexibilisierung der Beitragszeiten

Ein zentrales Ziel ist es, die Beitragszahlungen so zu gestalten, dass sie die individuellen Lebensverläufe fair widerspiegeln und gleichzeitig Anreize für längere und kontinuierliche Erwerbsbiografien setzen.

- Gerechte Beitragserhebung:

Es sollen Anpassungen vorgenommen werden, die insbesondere Geringverdiener und atypisch Beschäftigte entlasten. Die Beitragssätze werden künftig stärker an den tatsächlichen Einkommensverhältnissen orientiert, sodass jeder entsprechend seiner Leistungsfähigkeit beiträgt.

- Flexibilisierung der Beitragszeiten:

Um den diversen Erwerbsbiografien gerecht zu werden, werden flexiblere Regelungen eingeführt. So sollen Zeiten, in denen beispielsweise Teilzeitarbeit, Weiterbildung oder Sabbaticals im Vordergrund stehen, nicht automatisch zu Nachteilen bei der Rentenberechnung führen. Dies ermöglicht eine Anpassung der Rentenansprüche an den individuellen Lebensverlauf.

- Anreize für kontinuierliche Beitragszahlungen:

Durch Bonuszahlungen oder Steuererleichterungen für längere und kontinuierliche Beitragszeiten wird ein Anreizsystem geschaffen, das einen stabilen und zuverlässigen Beitragspfad belohnt und damit die langfristige Finanzierung des Rentensystems unterstützt.

3.3. Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz und Akzeptanz in der Rentenberechnung

Transparenz und Nachvollziehbarkeit sind entscheidende Faktoren, um das Vertrauen der Bevölkerung in das Rentensystem zu stärken.

- Öffentlich zugängliche Berechnungsmodelle:

Die Einführung eines nutzerfreundlichen Online-Portals ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, ihre individuelle Rentenberechnung detailliert nachzuvollziehen und verschiedene Szenarien zu simulieren. Dies fördert ein besseres Verständnis der Funktionsweise des Systems.

- Regelmäßige Informationskampagnen:

Durch breit angelegte Aufklärungs- und Informationskampagnen werden die komplexen Zusammenhänge der Rentenberechnung verständlich kommuniziert.

Informationsveranstaltungen, Broschüren und digitale Medien sollen dazu beitragen, Missverständnisse auszuräumen und die Akzeptanz der Rentenformel zu erhöhen.

- Transparente Kommunikation von Reformvorhaben:

Alle geplanten Änderungen und Anpassungen werden offen mit der Öffentlichkeit diskutiert und durch partizipative Verfahren begleitet. Dies sichert, dass die Bürgerinnen und Bürger in die Weiterentwicklung des Rentensystems eingebunden werden und sich mit den Reformen identifizieren können.

3.4. Reform der Rentenanpassungsmechanismen zur Stärkung der Kaufkraft im Alter

Um sicherzustellen, dass Rentnerinnen und Rentner auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwankungen ihre Kaufkraft erhalten, sind zielgerichtete Reformen der Rentenanpassungsmechanismen notwendig.

- Indexierung an Inflation und Lebenshaltungskosten:

Künftige Rentenanpassungen sollen eng an die tatsächlichen Veränderungen der Lebenshaltungskosten und der Inflation gekoppelt werden. Dies gewährleistet, dass die Rentenleistungen real konstant bleiben und die Kaufkraft der Rentenbezieher erhalten wird.

- Dynamische Anpassungsmodelle:

Es werden flexible Modelle entwickelt, die es erlauben, auf außergewöhnliche wirtschaftliche Entwicklungen – wie plötzliche Preissteigerungen oder wirtschaftliche Krisen – zeitnah und adäquat zu reagieren. Solche Modelle sichern eine schnelle Anpassung der Renten an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

- Schutzmechanismen bei außergewöhnlichen Umständen:

Neben der regelmäßigen Anpassung sollen zusätzliche Schutzmechanismen eingeführt werden, die in Krisenzeiten greifen. Diese Mechanismen sorgen dafür, dass Rentnerinnen und Rentner nicht von erheblichen Kaufkraftverlusten betroffen sind und ihre finanzielle Sicherheit langfristig gewährleistet bleibt.

Die umfassende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung ist ein wesentlicher Baustein der Rentenpolitik der DiG. Durch die Anpassung der Rentenformel an demografische Veränderungen, die Verbesserung der Beitragsgerechtigkeit und Flexibilisierung der Beitragszeiten, die Erhöhung der Transparenz in der Rentenberechnung sowie die Stärkung der Rentenanpassungsmechanismen zur Sicherung der Kaufkraft im Alter schaffen wir ein zukunftsfähiges, gerechtes und stabiles Rentensystem. Dieses System wird den Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht, die Solidarität zwischen den Generationen fördern und den sozialen Frieden nachhaltig sichern.

4. Ergänzende Altersvorsorgemodelle

Die DiG sieht in ergänzenden Altersvorsorgemodellen einen entscheidenden Baustein für ein umfassendes und zukunftssicheres Rentensystem. Neben der gesetzlichen Rentenversicherung gilt es, private, betriebliche und individuelle Vorsorgeansätze zu fördern, um allen Bürgerinnen und Bürgern eine zusätzliche finanzielle Absicherung im Alter zu ermöglichen. Dabei stehen Innovation, Nachhaltigkeit und individuelle Beratung im Mittelpunkt unseres Handelns. Im Folgenden werden die zentralen Aspekte unserer Strategie detailliert dargestellt:

4.1. Förderung privater und betrieblicher Altersvorsorge

Eine wichtige Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung ist die Stärkung der privaten und betrieblichen Vorsorge. Dies ermöglicht es, das individuelle Sparpotenzial zu nutzen und damit eine vielseitigere Absicherung für das Alter zu schaffen.

- Steuerliche Anreize und Förderprogramme:

Die DiG setzt sich dafür ein, steuerliche Vorteile und Förderprogramme für private Altersvorsorgeprodukte auszubauen. Durch gezielte steuerliche Vergünstigungen wird das Sparen im Alter attraktiver und gleichzeitig wird der private Vorsorgemarkt stimuliert.

- Erleichterung des Zugangs zu betrieblichen Vorsorgemodellen:

Unternehmen sollen ermutigt werden, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern attraktive betriebliche Altersvorsorgeangebote zu unterbreiten. Dies umfasst die Vereinfachung der administrativen Abläufe sowie die Bereitstellung von Informations- und Beratungsangeboten, um die Akzeptanz und Nutzung betrieblicher Vorsorgemodelle zu erhöhen.

- Förderung von Partnerschaften zwischen Staat und Wirtschaft:

Durch öffentlich-private Partnerschaften sollen innovative Vorsorgemodelle entwickelt und breit verfügbar gemacht werden. Diese Kooperationen ermöglichen es, Risiken zu streuen und auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Berufsgruppen einzugehen.

4.2. Schaffung von Anreizen zur zusätzlichen, individuellen Vorsorge

Neben der Pflichtvorsorge im Rahmen der gesetzlichen und betrieblichen Systeme sollen individuelle Vorsorgemaßnahmen verstärkt werden. Hierzu bedarf es eines Anreizsystems, das das eigenverantwortliche Sparen unterstützt und fördert.

- Finanzielle Zuschüsse und Bonusprogramme:

Die Einführung von staatlichen Zuschüssen oder Bonuszahlungen für Bürgerinnen und Bürger, die zusätzlich privat vorsorgen, ist ein zentraler Baustein. Solche Programme sollen besonders diejenigen motivieren, die bislang weniger an zusätzlichen Vorsorgemaßnahmen teilgenommen haben.

- Flexible Sparmodelle:

Es sollen flexible und anpassbare Sparmodelle entwickelt werden, die den unterschiedlichen Lebenssituationen und Sparrhythmen gerecht werden. Durch variable Einzahlungsoptionen und modulare Produkte wird es möglich, individuell und bedarfsgerecht für das Alter vorzusorgen.

- Integration digitaler Technologien:

Der Einsatz moderner digitaler Tools und Plattformen soll es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, ihre private Altersvorsorge zu verwalten, den Sparfortschritt zu überwachen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. Dadurch wird der Zugang zu individuellen Vorsorgeprodukten vereinfacht und transparenter gestaltet.

4.3. Integration innovativer Finanzprodukte und nachhaltiger Investitionsstrategien

Innovation und Nachhaltigkeit sind Schlüsselkomponenten moderner Vorsorgemodelle. Die DiG setzt auf die Integration innovativer Finanzprodukte, die nicht nur Renditen erwirtschaften, sondern auch gesellschaftliche und ökologische Ziele unterstützen.

- Förderung nachhaltiger Anlageformen:

Produkte, die ökologische, soziale und Governance-Kriterien (ESG) berücksichtigen, sollen verstärkt in den privaten und betrieblichen Vorsorgemarkt eingebunden werden. Diese Anlagen tragen dazu bei, dass Kapital nicht nur für die persönliche Absicherung, sondern auch für eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt wird.

- Innovative Finanzinstrumente:

Die Entwicklung und Integration von neuen Finanzprodukten wie flexiblen Rentenfonds, hybriden Vorsorgeprodukten oder risikoangepassten Anlagestrategien wird gefördert. Diese Instrumente sollen auf die sich verändernden Marktbedingungen reagieren können und gleichzeitig die individuellen Bedürfnisse der Sparer berücksichtigen.

- Förderung von Start-ups und FinTech-Lösungen:

Durch die Unterstützung von innovativen Unternehmen und FinTech-Lösungen soll die Digitalisierung der Altersvorsorge weiter vorangetrieben werden. Start-ups, die innovative Beratungstools oder automatisierte Investmentlösungen anbieten, können so gezielt gefördert werden, um den Vorsorgemarkt zukunftsorientiert zu gestalten.

4.4. Aufklärung und Beratung für Bürgerinnen und Bürger zu Altersvorsorgeoptionen

Transparenz und fundierte Information sind entscheidend, damit die Bevölkerung die Vorteile und Risiken unterschiedlicher Vorsorgemodelle versteht und selbstbestimmt Entscheidungen treffen kann.

- Nationale Informationskampagnen:

Die DiG plant umfassende Informationskampagnen, die den Bürgerinnen und Bürgern die Funktionsweise, Chancen und Herausforderungen der privaten und betrieblichen Altersvorsorge näherbringen. Diese Kampagnen sollen über alle relevanten Kanäle – von Printmedien bis hin zu digitalen Plattformen – zugänglich sein.

- Beratungszentren und Online-Plattformen:

Der Aufbau von regionalen Beratungszentren und die Schaffung nutzerfreundlicher Online-Portale sind zentrale Maßnahmen. Dort können individuelle Beratungsgespräche geführt werden, die auf die persönlichen Lebensumstände und finanziellen Möglichkeiten zugeschnitten sind. Experten unterstützen die Bürger bei der Auswahl der für sie passenden Vorsorgeprodukte.

- Schulung von Finanzberatern:

Um eine hohe Beratungsqualität sicherzustellen, sollen spezialisierte Schulungen und Zertifizierungsprogramme für Finanzberater etabliert werden. Diese Maßnahmen garantieren, dass Berater stets über aktuelles Fachwissen verfügen und die Prinzipien der Transparenz, Nachhaltigkeit und Kundenorientierung einhalten.

Mit der Förderung privater und betrieblicher Altersvorsorge, der Schaffung von Anreizen zur individuellen Vorsorge, der Integration innovativer und nachhaltiger Finanzprodukte sowie einer intensiven Aufklärung und Beratung will die DiG ein umfassendes Vorsorgesystem etablieren. Dieses System soll es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihre Altersvorsorge aktiv und informiert zu gestalten – als entscheidenden Baustein für finanzielle Sicherheit, individuelle Freiheit und gesellschaftliche Stabilität im Alter.

5. Finanzierung und Nachhaltigkeit

Eine stabile und zukunftsorientierte Rentenpolitik erfordert nicht nur sozial ausgewogene Leistungen, sondern auch eine solide finanzielle Basis. Die DiG setzt daher auf nachhaltige Finanzierungsmodelle, die eine langfristige Sicherung der Rentenkassen gewährleisten und gleichzeitig wirtschaftliche und steuerpolitische Rahmenbedingungen optimieren. Im Folgenden werden die zentralen Maßnahmen und Strategien detailliert erläutert:

5.1. Langfristige Sicherstellung der Rentenkassen durch nachhaltige Finanzierungsmodelle

Die nachhaltige Finanzierung des Rentensystems ist essenziell, um den demografischen Herausforderungen und wirtschaftlichen Schwankungen langfristig begegnen zu können.

- Diversifizierung der Finanzierungsquellen:

Neben den klassischen Beitragszahlungen aus der Erwerbstätigkeit sollen alternative Finanzierungsquellen stärker in das System integriert werden. Dazu zählen beispielsweise Kapitalerträge aus staatlichen Rücklagen, Erträge aus nachhaltigen Investitionen oder auch Einnahmen aus der Nutzung von staatlichen Vermögenswerten. Diese Diversifikation reduziert die Abhängigkeit von einzelnen Finanzierungsströmen und erhöht die Stabilität des Systems.

- Nachhaltige Rücklagenbildung:

Es wird ein Mechanismus zur systematischen Rücklagenbildung eingerichtet, der es ermöglicht, finanzielle Reserven für zukünftige Generationen aufzubauen. Diese Rücklagen sollen in nachhaltige Anlagen investiert werden, um nicht nur Erträge zu erwirtschaften, sondern auch den Prinzipien der ökologischen und sozialen Verantwortung zu entsprechen.

- Langfristige Finanzplanung:

Die Einführung von mehrjährigen Finanzplänen und regelmäßigen, unabhängigen Evaluierungen sorgt dafür, dass das Rentensystem flexibel auf wirtschaftliche und demografische Veränderungen reagieren kann. Prognosemodelle und Risikobewertungen bilden dabei die Grundlage für gezielte Maßnahmen, die die langfristige Stabilität der Rentenkassen sichern.

5.2. Überprüfung und Anpassung von Steuer- und Beitragssystemen

Um die Finanzierung der Rentenversicherung an die aktuellen wirtschaftlichen Realitäten anzupassen, sind kontinuierliche Überprüfungen und notwendige Anpassungen der Steuer- und Beitragssysteme erforderlich.

- Anpassung der Beitragssätze:

Es soll ein dynamisches Beitragssystem etabliert werden, das sich an den wirtschaftlichen Entwicklungen orientiert. Dies umfasst die regelmäßige Überprüfung der Beitragssätze sowie eine flexible Anpassung, um sowohl den Bedürfnissen der Beitragszahler als auch den Anforderungen des Systems gerecht zu werden.

- Integration von Steuerinstrumenten:

Die DiG befürwortet eine engere Verzahnung von Steuerpolitik und Rentenfinanzierung. Steuerliche Maßnahmen, wie etwa die gezielte Abzugsfähigkeit von Vorsorgebeiträgen oder spezielle Steuervorteile für Arbeitgeber, können dazu beitragen, die finanzielle Basis des Rentensystems zu verbreitern und gleichzeitig Anreize für eine höhere Beteiligung zu schaffen.

- Ausgewogenheit zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern:

Eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten wird durch die regelmäßige Überprüfung der Steuer- und Beitragsstrukturen sichergestellt. Ziel ist es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Generationen und Einkommensgruppen zu schaffen, sodass die finanzielle Belastung fair verteilt wird und das System sozial ausgewogen bleibt.

5.3. Förderung von Investitionen in zukunftsorientierte Sektoren als Beitrag zur Rentenstabilität

Die wirtschaftliche Stabilität des Rentensystems kann maßgeblich durch Investitionen in innovative und zukunftsorientierte Sektoren gestärkt werden. Diese Investitionen tragen nicht nur zu einer gesunden Wirtschaftsentwicklung bei, sondern auch zur nachhaltigen Renditeerzielung für die Rentenkassen.

- Unterstützung nachhaltiger Technologien und Branchen:

Die DiG setzt auf Investitionen in erneuerbare Energien, Digitalisierung, Bildung und Infrastrukturprojekte, die langfristig Wachstum und Beschäftigung fördern. Diese Sektoren gelten als zukunftssicher und tragen dazu bei, stabile Erträge für die Rentenkassen zu generieren.

- Förderprogramme und staatliche Beteiligungen:

Durch gezielte Förderprogramme und staatliche Beteiligungen an innovativen Unternehmen soll der Kapitalmarkt stimuliert und gleichzeitig ein Beitrag zur finanziellen Stabilität des Rentensystems geleistet werden. Diese Maßnahmen helfen, neue Einnahmequellen zu erschließen und die Rentenkassen breiter aufzustellen.

- Risikomanagement und nachhaltige Anlageportfolios:

Die Rentenkassen werden angehalten, ihre Anlageportfolios unter Berücksichtigung von ESG-Kriterien (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) nachhaltig zu diversifizieren. Ein robustes Risikomanagement stellt sicher, dass Erträge erzielt werden, ohne die finanzielle Sicherheit des Systems zu gefährden.

5.4. Stärkung der öffentlichen Kontrolle und Transparenz in der Rentenverwaltung

Eine transparente und gut kontrollierte Verwaltung der Rentenmittel ist entscheidend, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Rentensystem zu sichern und Misswirtschaft zu vermeiden.

- Einführung unabhängiger Kontrollgremien:

Es sollen unabhängige Gremien etabliert werden, die regelmäßig die finanzielle Entwicklung und Verwaltung der Rentenkassen überwachen. Diese Kontrollen erhöhen die Rechenschaftspflicht und sorgen für eine nachhaltige Mittelverwendung.

- Transparente Berichterstattung:

Die Rentenverwaltung verpflichtet sich zu einer regelmäßigen und umfassenden Berichterstattung. Jahresberichte, öffentliche Sitzungen und detaillierte Finanzanalysen sollen es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, die wirtschaftliche Situation des Rentensystems nachvollziehen zu können.

- Digitale Tools und Bürgerbeteiligung:

Moderne digitale Plattformen werden genutzt, um den Zugang zu Informationen über die Rentenkassen zu erleichtern. Bürgerbeteiligung und Online-Dashboards tragen dazu bei, dass Transparenz und Offenheit zu zentralen Pfeilern der Rentenverwaltung werden.

Die DiG verfolgt einen integrativen Ansatz, der die langfristige Finanzierbarkeit und Nachhaltigkeit des Rentensystems sichert. Durch nachhaltige Finanzierungsmodelle, die kontinuierliche Überprüfung und Anpassung von Steuer- und Beitragssystemen, gezielte Investitionen in zukunftsorientierte Sektoren sowie die Stärkung der öffentlichen Kontrolle und Transparenz schaffen wir die Grundlage für ein stabiles und zukunftsfähiges Rentensystem. Diese Maßnahmen garantieren, dass auch zukünftige Generationen auf eine gesicherte Altersvorsorge vertrauen können und der soziale Frieden in unserer Gesellschaft langfristig erhalten bleibt.

6. Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Bekämpfung von Altersarmut

Die DiG setzt sich für eine nachhaltige und gerechte Arbeitsmarktpolitik ein, die die Erwerbsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen erhöht und Altersarmut wirkungsvoll bekämpft. Unser Ziel ist es, ein inklusives und chancengleiches Arbeitsumfeld zu schaffen, das niemanden ausschließt und allen Menschen die Möglichkeit bietet, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

6.1. Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit aller Altersgruppen

- Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie zur Integration älterer Arbeitnehmer*innen.
- Stärkung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge, um Arbeitskräfte langfristig leistungsfähig zu halten.
- Entwicklung von Programmen zur gezielten Unterstützung von Berufswechslern und Wiedereinsteigern.
- Ausbau der Förderung von Unternehmen, die altersgemischte Teams bilden und das Erfahrungswissen älterer Arbeitnehmer*innen nutzen.

6.2. Integration von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt

- Schaffung gezielter Förderprogramme für Langzeitarbeitslose, um ihnen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Ausbau von Qualifizierungs- und Mentoring-Programmen für Menschen mit Migrationshintergrund zur besseren Anerkennung ihrer Qualifikationen.
- Förderung von Unternehmen, die gezielt Langzeitarbeitslose und Migranten einstellen, durch steuerliche Anreize und Beratungsangebote.
- Ausbau von Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen in Kombination mit beruflicher Qualifikation.

6.3. Stärkung der Weiterbildung und Qualifizierung als Schlüssel zur Erwerbsfähigkeit

- Einführung eines Rechts auf lebenslange Weiterbildung, finanziert durch staatliche und betriebliche Förderungen.

- Schaffung von Bildungs- und Umschulungsprogrammen, die gezielt auf die Anforderungen des digitalen Wandels eingehen.
- Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen zur praxisnahen Qualifizierung.
- Förderung von digitalen Bildungsangeboten und Fernstudiengängen zur flexiblen Weiterbildung.

6.4. Strategien zur Vermeidung und Bekämpfung von Altersarmut und sozialer Ausgrenzung

- Einführung einer armutsfesten Grundrente, die sicherstellt, dass langjährig Erwerbstätige im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sind.
- Förderung von betrieblichen und privaten Altersvorsorgeprogrammen durch staatliche Anreize.
- Einführung eines Modells zur flexiblen Rentengestaltung, das eine schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit ermöglicht.
- Ausbau von bezahlbarem Wohnraum für ältere Menschen und Förderung von altersgerechten Wohnprojekten zur Vermeidung sozialer Isolation.

Mit diesen Maßnahmen will die DiG eine gerechtere Gesellschaft schaffen, in der jeder Mensch unabhängig von Alter oder Herkunft die Chance auf eine sichere und auskömmliche Erwerbstätigkeit hat.

7. Generationengerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die DiG setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Gerechtigkeit zwischen den Generationen herrscht und ein solidarisches Miteinander gefördert wird. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Jung und Alt ist essenziell für eine nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaft.

7.1. Gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen

- Einführung einer verantwortungsvollen Finanz- und Sozialpolitik, die eine faire Verteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lasten sicherstellt.
- Sicherstellung einer nachhaltigen Rentenpolitik, die kommende Generationen nicht unverhältnismäßig belastet.
- Anpassung der Steuerpolitik, um eine gerechte Beteiligung aller Generationen an der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme zu gewährleisten.

7.2. Förderung des intergenerationellen Dialogs und Solidarität

- Einrichtung von Programmen und Begegnungsstätten, die den Austausch zwischen den Generationen aktiv fördern.
- Unterstützung von Bildungsinitiativen, die Wissenstransfer zwischen Jung und Alt ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.
- Förderung von Mehrgenerationenprojekten im Wohn- und Arbeitsbereich zur Schaffung gemeinschaftlicher Lebensräume.

7.3. Unterstützung junger Menschen beim Berufseinstieg und in der Altersvorsorge

- Ausbau gezielter Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und Begleitung beim Einstieg in das Arbeitsleben.
- Förderung betrieblicher Ausbildungs- und Praktikumsplätze sowie die Schaffung attraktiver Karrierechancen.
- Einführung früher Aufklärungs- und Förderprogramme zur privaten und betrieblichen Altersvorsorge für junge Menschen.

7.4. Zukunftsorientierte und nachhaltige Rentenpolitik

- Entwicklung eines stabilen Rentensystems, das sowohl soziale Sicherheit als auch wirtschaftliche Nachhaltigkeit gewährleistet.
- Einführung flexibler Rentenmodelle, die den individuellen Bedürfnissen der Menschen gerecht werden.
- Förderung nachhaltiger Anlageformen und Finanzierungsmodelle für die Altersvorsorge, um langfristige Sicherheit zu gewährleisten.

Durch diese Maßnahmen setzt sich die DiG für eine faire und nachhaltige Zukunft ein, in der alle Generationen Verantwortung füreinander übernehmen und eine starke, solidarische Gesellschaft bilden.

8. Implementierungsstrategien und Zeitrahmen

Die Umsetzung der politischen Maßnahmen der DiG erfordert eine durchdachte Strategie mit klar definierten Zielen und Verantwortlichkeiten.

8.1. Kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmenpläne

- Entwicklung eines Stufenplans, der Sofortmaßnahmen, mittelfristige Anpassungen und langfristige Reformen berücksichtigt.
- Regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen, um deren Wirksamkeit sicherzustellen und nachzusteuern.
- Priorisierung von Reformen mit hoher sozialer und wirtschaftlicher Dringlichkeit.

8.2. Beteiligung relevanter Akteure: Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Sozialpartner

- Enge Zusammenarbeit mit Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Organisationen zur Erarbeitung tragfähiger Lösungen.
- Einrichtung von runden Tischen und Dialogforen zur frühzeitigen Einbindung der Zivilgesellschaft.
- Förderung öffentlich-privater Partnerschaften zur besseren Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen.

8.3. Evaluations- und Anpassungsmechanismen zur stetigen Optimierung des Rentensystems

- Einführung eines regelmäßigen Monitorings zur Analyse der Reformwirkungen.
- Entwicklung von Indikatoren zur Erfolgsmessung der Maßnahmen.
- Flexibles Anpassen der Reformen basierend auf neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

8.4. Kommunikation und Transparenz gegenüber der Bevölkerung

- Bereitstellung leicht verständlicher Informationen über politische Maßnahmen und Reformprozesse.
- Einrichtung von Bürgerforen und Online-Plattformen zur aktiven Beteiligung der Bevölkerung.
- Förderung einer offenen und ehrlichen Kommunikation, um Vertrauen in die politischen Prozesse zu stärken.

Durch diese Implementierungsstrategien stellt die DiG sicher, dass ihre politischen Maßnahmen nachhaltig, effektiv und im Sinne der gesamten Gesellschaft umgesetzt werden.

9. Schlussfolgerungen und Ausblick

9.1. Zusammenfassung der Kernpunkte der Rentenpolitik der DiG

Die Rentenpolitik der DiG basiert auf den zentralen Prinzipien der finanziellen Nachhaltigkeit, sozialen Gerechtigkeit und generationenübergreifenden Solidarität. Ziel ist es, ein stabiles Rentensystem zu gewährleisten, das sowohl den heutigen als auch den zukünftigen Rentnerinnen und Rentnern eine verlässliche Altersversorgung bietet. Dabei setzt die DiG auf eine ausgewogene Mischung aus Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren, eine flexible Anpassung an demografische Entwicklungen sowie Maßnahmen zur Stärkung der Erwerbsbeteiligung und privaten Altersvorsorge.

9.2. Vision für ein sicheres, solidarisches und zukunftsorientiertes Rentensystem

Ein zukunftsorientiertes Rentensystem muss langfristig tragfähig sein und den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Die DiG strebt ein Modell an, das finanzielle Sicherheit im Alter garantiert, soziale Ungleichheiten minimiert und insbesondere niedrige Einkommen besser absichert. Gleichzeitig sollen Anreize für längeres Arbeiten geschaffen werden, um die Rentensysteme auf eine breitere Basis zu stellen. Ein solidarisches Rentensystem bedeutet zudem, dass auch Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, wie etwa pflegende Angehörige oder Elternzeiten, fair berücksichtigt werden.

9.3. Appell an alle gesellschaftlichen Akteure zur Mitwirkung an der Reform

Die Herausforderungen im Rentensystem lassen sich nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Akteure bewältigen. Politik, Wirtschaft, Sozialpartner und die Bürgerinnen und Bürger sind gefordert, aktiv an der Gestaltung einer nachhaltigen Rentenreform mitzuwirken. Die DiG ruft dazu auf, sich an einem konstruktiven Dialog zu beteiligen, um Lösungen zu entwickeln, die sowohl den wirtschaftlichen Realitäten als auch dem sozialen Zusammenhalt gerecht werden. Nur durch eine breite gesellschaftliche Unterstützung kann ein zukunftsfähiges, gerechtes und verlässliches Rentensystem geschaffen werden.

Familienpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

Die Familienpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht basiert auf den Grundwerten der Freiheit, Selbstbestimmung und sozialen Sicherheit. Wir möchten eine zukunftsorientierte Familienpolitik gestalten.

1. Anerkennung und Unterstützung verschiedener Familienformen

Die DiG erkennt die Vielfalt familiärer Lebensformen an und setzt sich für eine Politik ein, die keine Familienform bevorzugt oder benachteiligt. Dies umfasst:

Modernes Familienrecht:

Ein faires und modernes Familienrecht, das alle Familienformen anerkennt und gleiche Rechte garantiert. Dies beinhaltet auch die Anerkennung von Regenbogenfamilien und die rechtliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften.

Steuerliche Entlastung:

Eine gerechte steuerliche Entlastung für Familien unabhängig von der gewählten Lebensform. Dies umfasst die Einführung eines Familiensplittings, das alle Familienformen gleichermaßen berücksichtigt.

Unterstützung für Alleinerziehende:

Gezielte steuerliche Vorteile und eine erleichterte Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Alleinerziehende. Dies beinhaltet auch den Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die DiG setzt sich für familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern:

Flexible Arbeitszeitmodelle:

Förderung von Homeoffice, Teilzeitarbeit und Gleitzeitlösungen. Dies ermöglicht Eltern, ihre Arbeitszeiten flexibel an die Bedürfnisse ihrer Familie anzupassen.

Betriebliche Kinderbetreuung:

Ausbau und Förderung betrieblicher Kinderbetreuung, um Eltern eine wohnort- und arbeitsplatznahe Betreuung zu ermöglichen. Dies umfasst auch die finanzielle Unterstützung von Unternehmen, die solche Angebote schaffen.

Rückkehrrecht in Vollzeit:

Ein Anspruch auf familienfreundliche Arbeitszeitregelungen und ein Rückkehrrecht in Vollzeit nach einer Teilzeitphase, um Eltern die Möglichkeit zu geben, nach einer Familienphase wieder voll ins Berufsleben einzusteigen.

3. Förderung von Bildung und Erziehung

Die DiG setzt sich für ein Bildungssystem ein, das allen Kindern unabhängig von Herkunft oder sozialem Status die besten Startchancen bietet:

Gebührenfreie Kitas:

Gebührenfreie und qualitativ hochwertige Kitas mit bedarfsgerechten Betreuungszeiten. Dies umfasst auch die Förderung von frühkindlicher Bildung, insbesondere in den Bereichen Sprachförderung, soziale Kompetenz und digitale Bildung.

Finanzielle Unterstützung:

Bessere finanzielle Unterstützung für Familien bei der privaten Bildungsförderung, etwa durch steuerliche Absetzbarkeit von Nachhilfe und Lernmaterialien.

Digitalisierung in Bildungseinrichtungen:

Vorantreiben der Digitalisierung in Bildungseinrichtungen, um moderne Lernmethoden zu ermöglichen und die digitale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Ganztagschulen:

Ausbau der Ganztagschulen mit hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten, um Eltern eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen.

4. Stärkung der sozialen Infrastruktur

Ein gut ausgebautes soziales Umfeld ist entscheidend für das Wohlergehen von Familien. Die DiG setzt sich für eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur ein:

Familienzentren:

Ausbau von wohnortnahen Familienzentren, die Beratung, Betreuung und Bildung unter einem Dach vereinen. Diese Zentren sollen als Anlaufstelle für Familien dienen und ein breites Angebot an Unterstützungsleistungen bieten.

Generationenübergreifende Wohnprojekte:

Förderung von generationenübergreifenden Wohnprojekten, die ein solidarisches Miteinander ermöglichen und die Isolation von Familien und älteren Menschen verhindern.

Gesundheitsversorgung:

Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Familien, insbesondere durch mehr Hebammen, kinderärztliche Versorgung und psychologische Beratungsangebote. Dies umfasst auch den Ausbau von Präventions- und Früherkennungsmaßnahmen.

Ehrenamtliche Initiativen:

Förderung ehrenamtlicher Initiativen, die sich für Familien in besonderen Lebenslagen engagieren. Dies beinhaltet die finanzielle und strukturelle Unterstützung von Vereinen und Organisationen, die Familien unterstützen.

Fazit

Die Familienpolitik der DiG steht für eine Politik, die Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit in Einklang bringt. Sie setzt auf innovative, pragmatische Lösungen, um Familien in ihrer Vielfalt zu stärken und die Rahmenbedingungen für ein erfülltes Familienleben in Deutschland zu verbessern.

Agrarpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

7.1. Nachhaltige Landwirtschaft und Umweltschutz

Unsere Partei setzt sich für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die sowohl wirtschaftlich tragfähig als auch ökologisch verantwortungsvoll ist. Wir fordern eine Landwirtschaftspolitik, die Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen mit marktwirtschaftlichen Prinzipien verbindet. Dazu gehören:

- Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden und Düngemitteln durch gezielte Anreize und Forschung
- Schutz der Biodiversität durch nachhaltige Anbaumethoden und Erhaltung natürlicher Lebensräume
- Ausbau von Anreizsystemen für Landwirte, die umweltfreundliche Bewirtschaftungsmethoden nutzen
- Stärkere Einbindung regenerativer Energiequellen in die Landwirtschaft

7.2. Unterstützung von regionalen Erzeugern

Regionale Landwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil nachhaltiger Entwicklung und der Stärkung der lokalen Wirtschaft. Unsere Partei setzt sich dafür ein, regionale Erzeuger zu unterstützen, indem wir:

- Regionale Wertschöpfungsketten stärken und den Absatz lokaler Produkte fördern
- Bürokratische Hürden für kleine und mittelständische Landwirtschaftsbetriebe abbauen
- Regionale Direktvermarktung und Bauernmärkte durch gezielte Förderprogramme unterstützen
- Die Gastronomie und den Einzelhandel dazu ermutigen, mehr regionale Produkte zu nutzen

7.3. Förderung von Innovationen in der Agrarwirtschaft

Technologische Innovationen sind entscheidend, um die Landwirtschaft nachhaltiger und effizienter zu gestalten. Unsere Partei setzt sich dafür ein, Forschung und Entwicklung in diesem Bereich aktiv zu unterstützen. Dazu gehören:

- Investitionen in Forschung und Entwicklung von smarten Agrartechnologien, z. B. Präzisionslandwirtschaft und digitale Steuerungssysteme
- Förderung von Start-ups im Agrarbereich durch Innovationsfonds
- Erleichterter Zugang zu Finanzmitteln für Landwirte, die in moderne, nachhaltige Technologien investieren
- Kooperation zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und landwirtschaftlichen Betrieben zur schnellen Umsetzung neuer Erkenntnisse in die Praxis

7.4. Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung

Die Sicherstellung einer stabilen und qualitativ hochwertigen Nahrungsmittelversorgung ist eine der zentralen Aufgaben einer modernen Agrarpolitik. Unsere Partei setzt sich dafür ein, dass:

- Die Landwirtschaft auf langfristige Versorgungssicherheit ausgerichtet wird, ohne dabei Umwelt und Ressourcen zu stark zu belasten
- Krisen Resilienz der Landwirtschaft durch strategische Reservebildung und Risikomanagement erhöht wird
- Der faire Wettbewerb auf dem Lebensmittelmarkt gewahrt bleibt und Landwirte vor unlauteren Handelspraktiken geschützt werden
- Die Lebensmittelverschwendung durch gezielte Anreize zur effizienteren Nutzung von Ressourcen reduziert wird

Mit diesen Maßnahmen wollen wir eine moderne Agrarpolitik gestalten, die Nachhaltigkeit, Innovation und wirtschaftliche Tragfähigkeit miteinander vereint.

Verkehrspolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

8.1. Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur

Die DiG setzt sich für eine umfassende Erneuerung und Modernisierung der deutschen Verkehrsinfrastruktur ein. Eine funktionierende Infrastruktur ist die Basis für wirtschaftlichen Wohlstand, gesellschaftliche Mobilität und ökologische Nachhaltigkeit. Daher fordern wir:

- Ein verstärktes Investitionsprogramm zur Sanierung maroder Brücken, insbesondere auf Bundesstraßen und Autobahnen, um langfristige Sperrungen zu vermeiden und den Verkehrsfluss zu gewährleisten.

- Den Ausbau von Autobahnen an kritischen Engpässen unter Berücksichtigung modernster ökologischer Standards, insbesondere durch Lärmschutzmaßnahmen und innovative Baumaterialien.
- Die gezielte Privatisierung von Teilstrecken der Bundesautobahnen in Form öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP), um die Finanzierung und Effizienzsteigerung der Infrastruktur zu sichern, ohne den Zugang für alle Bürger einzuschränken.
- Eine transparente und effiziente Mittelverwendung, die eine zweckgebundene Nutzung von Einnahmen aus der Lkw-Maut zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur sicherstellt.

8.2. Förderung nachhaltiger Mobilität

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen nachhaltige Mobilitätskonzepte gefördert werden. Die DiG setzt sich für eine umweltfreundliche Verkehrsplanung ein, die ökologische und ökonomische Interessen in Einklang bringt. Dazu gehören:

- Der beschleunigte Ausbau des Schienenverkehrs mit einem Fokus auf Schnellzugverbindungen und Regionalbahnen zur Reduzierung des Individualverkehrs.
- Förderprogramme für Elektromobilität, einschließlich eines flächendeckenden Ladeinfrastrukturausbaus an Autobahnen, Bundesstraßen und Parkplätzen.
- Die Modernisierung der Wasserstraßen als umweltfreundliche Transportalternative für den Güterverkehr.
- Die Förderung von Wasserstoff- und alternativen Antriebstechnologien für den Schwerlastverkehr.

8.3. Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs

Ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr ist eine zentrale Säule einer modernen Verkehrspolitik. Wir fordern:

- Den Ausbau und die Elektrifizierung von Bahnstrecken, um den ÖPNV effizienter und nachhaltiger zu gestalten.
- Eine Reform der Tarifstruktur mit landesweiten oder bundesweiten Ticketlösungen, um die Nutzung des Nahverkehrs zu vereinfachen und zu vergünstigen.
- Die Einführung eines digitalen Verkehrsmanagementsystems zur Optimierung von Routen, Anschlussverbindungen und Fahrgastströmen.
- Investitionen in autonome Busse und innovative Mobilitätslösungen, um den ÖPNV auch in ländlichen Regionen zu stärken.

8.4. Verkehrssicherheit und Unfallverhütung

Verkehrssicherheit hat oberste Priorität. Die DiG setzt sich für eine faktenbasierte Verkehrspolitik ein, die sowohl die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer als auch die Effizienz des Verkehrsflusses gewährleistet. Unsere Maßnahmen umfassen:

- Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 150 km/h auf Autobahnen, um einheitliche Regeln für mehr Sicherheit und weniger Stauaufkommen zu schaffen.
- Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf 110 km/h auf Bundesstraßen außerhalb von Ortschaften, um das Unfallrisiko zu minimieren.

- Festlegung von Tempo-30-Zonen in Stadtgebieten an sensiblen Orten wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Kirchen, Altenheimen, Pflegeheimen, Krippen, Spielplätzen und Straßen mit hohem Fußgängerverkehr.
- Ausbau der Verkehrsüberwachung durch moderne Technologien wie smarte Verkehrsleitsysteme zur Verhinderung von Unfällen und Staus.
- Verbesserung der Ausbildung von Fahranfängern durch verpflichtende Fahrsicherheitstrainings.

Die DiG – Deutschland im Gleichgewicht steht für eine moderne, sichere und nachhaltige Verkehrspolitik, die Fortschritt, Innovation und Umweltbewusstsein miteinander verbindet.

Sicherheitspolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

9.1. Stärkung der inneren Sicherheit

Die innere Sicherheit ist essenziell für den gesellschaftlichen Frieden und das Vertrauen in den Rechtsstaat. Eine verstärkte Polizeipräsenz, optimierte Ausstattung von Sicherheitsbehörden und eine konsequente Strafverfolgung sind zentrale Maßnahmen. Die Stärkung der Grenzsicherung spielt dabei eine entscheidende Rolle, insbesondere im Kontext der Migration und des internationalen Terrorismus. Durch eine effektive Kontrolle der Außengrenzen können illegale Einreisen verhindert und kriminelle Netzwerke zerschlagen werden.

9.2. Prävention von Extremismus und Kriminalität

Die Bekämpfung extremistischer Strömungen und krimineller Entwicklungen erfordert eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Verfassungsschutz und weiteren relevanten Institutionen. Die Senkung der Datenschutzschwelle für behördenübergreifenden Datenaustausch ermöglicht eine effektivere Identifikation und Bekämpfung von Gefahrenquellen. Gleichzeitig ist die Vorratsdatenspeicherung für potenzielle Gefährder notwendig, um rechtzeitig auf Bedrohungslagen reagieren zu können. Präventive Maßnahmen müssen zudem auf Bildungsarbeit und soziale Integration abzielen, um extremistische Ideologien bereits im Keim zu ersticken.

9.3. Zusammenarbeit von Polizei und Gemeinschaft

Eine enge Kooperation zwischen Sicherheitskräften und der Bevölkerung ist entscheidend, um Kriminalität effektiv zu bekämpfen und Sicherheitsgefühl zu stärken. Community-Policing-Ansätze, eine bessere Einbindung bürgerschaftlicher Initiativen und moderne Technologien zur Kriminalitätsbekämpfung können zur erfolgreichen Umsetzung beitragen. Die Polizei muss personell gestärkt und digital weiterentwickelt werden, um aktuellen Bedrohungsszenarien angemessen zu begegnen.

9.4. Cyber-Sicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen

Mit der fortschreitenden Digitalisierung steigt die Bedrohung durch Cyberkriminalität und Angriffe auf kritische Infrastrukturen. Der Ausbau nationaler und europäischer Sicherheitsstrukturen ist erforderlich, um Angriffe auf sensible Bereiche wie Energieversorgung, Kommunikationsnetze und Finanzwesen abzuwehren. Die verstärkte europäische Kooperation, insbesondere unter Berücksichtigung des Dublin-Abkommens, ist notwendig, um international vernetzte Bedrohungen effizient zu bekämpfen.

9.5. Migration und Abschiebepolitik

Eine konsequente Umsetzung des Dublin-Abkommens und eine restriktivere Migrationspolitik sind erforderlich, um illegale Migration zu begrenzen. Dazu gehören der Ausbau von Abschiebeeinrichtungen, die Abschaffung des Duldungsstatus für ausreisepflichtige Ausländer sowie

eine priorisierte Abschiebung gewalttätiger Immigranten. Die Gesetzgebung muss dahingehend verschärft werden, dass Kriminelle ohne deutschen Pass umgehend aus dem Land verwiesen werden können. Die verstärkte Kontrolle und Sicherung der deutschen Außengrenzen ist hierbei ein zentraler Baustein.

9.6. Verschärfung der Strafgesetze bei Gewalttaten

Die Strafgesetze müssen konsequent verschärft werden, insbesondere im Bereich schwerer Gewalttaten. Höhere Mindeststrafen und eine restriktivere Anwendung des Strafmilderungsprinzips sind erforderlich, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Dabei muss insbesondere auf Gewaltkriminalität, Sexualstraftaten und Angriffe gegen Sicherheitskräfte fokussiert werden. Die justizielle Handhabung solcher Delikte muss effizienter gestaltet und beschleunigt werden, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Gesundheitspolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

Die Gesundheitspolitik und die Integration ausländischer Fachkräfte sind zentrale Themen für die DiG – Deutschland im Gleichgewicht. Wir setzen uns für eine moderne, inklusive und effiziente Gesundheitspolitik ein, die die Bedürfnisse aller Menschen in Deutschland berücksichtigt. Gleichzeitig sehen wir die Integration ausländischer Fachkräfte und die bundeseinheitliche Anerkennung von Berufsabschlüssen aus dem Ausland als Schlüssel, um Fachkräftemangel zu bekämpfen und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

10.1. Präambel:

Gesundheit als Grundrecht und Gemeinschaftsaufgabe

- Gesundheit als zentrales Gut und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.
- Verantwortung des Einzelnen und der Solidargemeinschaft in Balance bringen.
- Ziel: Hochwertige, bezahlbare und zukunftssichere Gesundheitsversorgung für alle.

10.2. Stärkung der Solidargemeinschaft

- Beitragsstabilität: Sicherung der finanziellen Tragfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).
- Bürgerversicherung: Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in ein einheitliches Versicherungssystem, unabhängig von Einkommen oder Beschäftigungsstatus.
- Faire Finanzierung: Beitragsbemessung nach Leistungsfähigkeit, unter Einbeziehung aller Einkommensarten.

10.3. Stärkung der Patientenrechte und Eigenverantwortung

- Transparenz und Wahlfreiheit: Stärkung der Informationsrechte der Patienten und Ausbau von Wahlmöglichkeiten bei Ärzten und Therapien.
- Prävention und Gesundheitskompetenz: Förderung von Vorsorgeprogrammen und Aufklärungskampagnen zur Stärkung der Eigenverantwortung.
- Digitale Gesundheitsakte: Ausbau der elektronischen Patientenakte (ePA) und Nutzung von digitalen Anwendungen (Apps) zur besseren Vernetzung.

10.4. Modernisierung der Gesundheitsversorgung

- Zukunftsfähige Krankenhäuser: Stärkung der Krankenhausplanung, Förderung von Spezialisierung und Vernetzung.

- Stärkung der ambulanten Versorgung: Ausbau von Gemeinschaftspraxen und Medizinischen Versorgungszentren (MVZ).
- Telemedizin und Digitalisierung: Förderung von digitalen Gesundheitsanwendungen und telemedizinischen Angeboten, insbesondere in ländlichen Regionen.

10.5. Stärkung der Pflege und des Pflegepersonals

- Attraktivität des Pflegeberufs: Verbesserung der Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und bessere Ausbildungsmöglichkeiten.
- Vereinbarkeit von Pflege und Beruf: Ausbau von Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige.
- Pflegeversicherung reformieren: Sicherung der Finanzierung der Pflegeversicherung und Anpassung der Leistungen an den Bedarf.

10.6. Fachkräftemangel im Gesundheitswesen bekämpfen

- Attraktivere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, einschließlich besserer Bezahlung und flexibler Arbeitszeitmodelle.
- Ausbau der Ausbildungsplätze in Gesundheitsberufen und Förderung von dualen Studiengängen im medizinischen Bereich.
- Gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte im Gesundheitssektor, um den Bedarf an Pflegekräften und Ärzten zu decken.

10.7. Integration ausländischer Fachkräfte: Fachkräftemangel gezielt bekämpfen

Deutschland braucht qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland, um den Wirtschaftsstandort zu sichern und den demografischen Wandel zu bewältigen. Die DiG setzt sich für eine aktive und faire Integrationspolitik ein:

10.7.1. Bundeseinheitliche Anerkennung von Berufsabschlüssen

- Vereinfachung und Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens für ausländische Berufsabschlüsse.
- Schaffung bundeseinheitlicher Standards für die Anerkennung von Qualifikationen, um Bürokratie abzubauen und Verfahren transparenter zu gestalten.
- Einrichtung von Beratungsstellen, die Fachkräfte bei der Anerkennung ihrer Abschlüsse unterstützen und begleiten.

10.7.2. Sprachangebote und kulturelle Integration

- Ausbau von kostenlosen und niedrigschwelligen Sprachkursen, die auf die Bedürfnisse von Fachkräften zugeschnitten sind (z. B. berufsbezogene Sprachkurse).
- Förderung von interkulturellen Trainings für Fachkräfte und Arbeitgeber, um das gegenseitige Verständnis zu stärken.
- Einführung von Mentoring-Programmen, die ausländische Fachkräfte bei der Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft unterstützen.

10.7.3. Attraktive Rahmenbedingungen für Fachkräfte

- Vereinfachung der Visa- und Arbeitserlaubnisverfahren für qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten.
- Schaffung von Anreizen für Fachkräfte, in Deutschland zu bleiben, z. B. durch Unterstützung bei der Familienzusammenführung und bei der Wohnungssuche.
- Gezielte Anwerbung von Fachkräften in Branchen mit besonderem Bedarf, wie Pflege, IT und Handwerk.

10.8. Anerkennung informeller Kompetenzen

- Einführung von Verfahren zur Anerkennung informell erworbener Kompetenzen und Berufserfahrungen, um das Potenzial von Fachkräften besser zu nutzen.
- Förderung von Weiterbildungsangeboten, die es Fachkräften ermöglichen, fehlende Qualifikationen nachzuholen.

10.9. Forschung und Innovation

- Medizinische Forschung fördern: Stärkung der Grundlagenforschung und klinischen Studien, insbesondere in den Bereichen Krebs, Demenz und seltene Erkrankungen.
- Innovative Therapien zugänglich machen: Schnellere Zulassung und Erstattung von innovativen Medikamenten und Therapien.
- Ethik und Fortschritt: Förderung von Forschung unter Beachtung ethischer Grenzen, z. B. in der Gen- und Biotechnologie.

10.10. Psychische Gesundheit

- Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen: Aufklärungskampagnen und Sensibilisierung der Gesellschaft.
- Ausbau der Versorgung: Mehr Therapieplätze und niedrigschwellige Angebote, insbesondere für Kinder und Jugendliche.
- Arbeit und Psyche: Förderung von betrieblichen Gesundheitsprogrammen zur Prävention von Burnout und psychischen Belastungen.

10.11. Europäische und internationale Zusammenarbeit

- Europäische Gesundheitsunion: Stärkung der Zusammenarbeit in der EU, z. B. bei der Arzneimittelzulassung und Pandemievorsorge.
- Globale Gesundheit: Engagement für weltweite Gesundheitsgerechtigkeit, z. B. durch Unterstützung von Impfprogrammen in Entwicklungsländern.

10.12. Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen

- Klima und Gesundheit: Berücksichtigung von Umwelt- und Klimafaktoren in der Gesundheitspolitik, z. B. durch Förderung nachhaltiger Krankenhäuser.
- Ressourceneffizienz: Vermeidung von Überversorgung und Verschwendung im Gesundheitssystem.

10.13. Fazit: Gesundheit als liberale und solidarische Aufgabe

- Gesundheit als zentrales Element einer gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft.
- Verantwortung, Innovation und Solidarität als Leitprinzipien einer modernen Gesundheitspolitik.

Umweltpolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

11.1. Präambel: Nachhaltigkeit als liberale und solidarische Aufgabe

- Umwelt- und Klimaschutz als Grundpfeiler einer zukunftsfähigen Gesellschaft.
- Verantwortung für kommende Generationen: ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit in Einklang bringen.
- Ziel: Klimaneutralität bis 2045 unter Wahrung von Wirtschaftskraft und sozialer Gerechtigkeit.

11.2. Klimaschutz und Energiewende

- Klimaneutralität beschleunigen: Ambitionierte Reduktion von Treibhausgasen in allen Sektoren (Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft).
- Ausbau erneuerbarer Energien: Beschleunigung des Ausbaus von Wind- und Solarenergie, Förderung von Speichertechnologien und Wasserstoff.
- Energieeffizienz: Förderung von Energieeinsparungen in Unternehmen und Privathaushalten.
- Kohleausstieg und sozialer Ausgleich: Sicherstellung eines gerechten Strukturwandels in den betroffenen Regionen.

11.3. Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschutz

- Circular Economy: Förderung von Recycling, Wiederverwendung und nachhaltigem Produktdesign.
- Plastikreduktion: Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll und Förderung von Alternativen.
- Ressourceneffizienz: Schonung natürlicher Ressourcen durch innovative Technologien und nachhaltige Produktionsprozesse.

11.4. Mobilität der Zukunft

- Nachhaltige Verkehrswende: Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Förderung von Elektromobilität und alternativen Antrieben.
- Stärkung der Schiene: Investitionen in die Infrastruktur und Digitalisierung des Schienennetzes.
- Stadt-Land-Verbindung: Förderung von Mobilitätslösungen für ländliche Regionen, z. B. durch Ride-Sharing und autonomes Fahren.
- Rad- und Fußverkehr: Ausbau von sicheren Radwegen und Fußgängerzonen in Städten.

11.5. Naturschutz und Biodiversität

- Artenschutz: Schutz und Wiederherstellung von Lebensräumen für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.
- Agrarwende: Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, die Artenvielfalt und Klimaschutz berücksichtigt.
- Wald und Moore: Wiederaufforstung und Renaturierung von Mooren als CO₂-Senken.
- Meeresschutz: Engagement gegen Überfischung und Meeresverschmutzung, Schutz von Küstenökosystemen.

11.6. Nachhaltige Stadtentwicklung und Wohnen

- Klimafreundliches Bauen: Förderung von energieeffizienten Gebäuden und nachhaltigen Baumaterialien.
- Grüne Städte: Ausbau von Grünflächen, urbanen Gärten und Dachbegrünung.
- Wohnraum und Nachhaltigkeit: Kombination von bezahlbarem Wohnraum und ökologischen Standards.

11.7. Innovation und Technologie

- Grüne Technologien: Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich Umwelttechnologien.
- Digitalisierung und Umwelt: Nutzung von digitalen Lösungen zur Steigerung der Energieeffizienz und Ressourcenschonung.
- Start-ups und Mittelstands: Unterstützung von innovativen Unternehmen, die nachhaltige Lösungen entwickeln.

11.8. Europäische und internationale Zusammenarbeit

- Europäischer Green Deal: Aktive Mitgestaltung und Umsetzung der europäischen Klima- und Umweltziele.
- Globale Verantwortung: Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Bewältigung von Klimafolgen und der Förderung nachhaltiger Entwicklung.
- Internationale Klimapolitik: Engagement für ambitionierte globale Klimaabkommen.

11.9. Bildung und gesellschaftlicher Wandel

- Umweltbildung: Stärkung von Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeitskompetenz in Schulen und Bildungseinrichtungen.
- Bürgerbeteiligung: Förderung von lokalen Initiativen und Bürgerprojekten im Umwelt- und Klimaschutz.
- Kulturwandel: Förderung eines nachhaltigen Lebensstils durch Aufklärung und Anreize.

11.10. Fazit: Umweltpolitik als Chance für die Zukunft

- Umwelt- und Klimaschutz als Treiber für Innovation, wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit.
- Verantwortung für die Umwelt als gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Entwicklungspolitik der DiG- Deutschland im Gleichgewicht

12.1. Präambel: Globale Verantwortung und Partnerschaft

- Entwicklungspolitik als zentraler Bestandteil einer gerechten und friedlichen Weltordnung.
- Ziel: Nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung im Rahmen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.
- Partnerschaftliche Zusammenarbeit statt einseitiger Hilfe: Förderung von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung.

12.2. Nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung

- Agenda 2030 umsetzen: Konsequente Ausrichtung der Entwicklungspolitik an den Sustainable Development Goals (SDGs).
- Armut bekämpfen: Unterstützung von Maßnahmen zur Bekämpfung extremer Armut, z. B. durch Zugang zu Bildung, Gesundheit und sauberem Wasser.
- Geschlechtergerechtigkeit: Förderung von Frauenrechten und Gleichstellung als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung.

12.3. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und faire Handelspolitik

- Wirtschaftliche Eigenständigkeit fördern: Unterstützung von lokalen Unternehmen und Mittelstand in Entwicklungsländern.
- Faire Handelsbedingungen: Abbau von Handelshemmnissen und Förderung fairer Handelsabkommen.
- Investitionen in Infrastruktur: Ausbau von nachhaltiger Infrastruktur, z. B. Energie, Verkehr und digitale Netze.

12.4. Klimaschutz und Umweltgerechtigkeit

- Klimafinanzierung: Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Bewältigung der Klimakrise, z. B. durch Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen und erneuerbaren Energien.
- Umweltschutz fördern: Projekte zur Bekämpfung von Entwaldung, Bodendegradation und Umweltverschmutzung.
- Klima Resilienz stärken: Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere in vulnerablen Regionen.

12.5. Bildung und Gesundheit

- Bildung fördern: Ausbau von Bildungsprogrammen, insbesondere für Mädchen und benachteiligte Gruppen.
- Gesundheitsversorgung stärken: Unterstützung von Gesundheitssystemen, z. B. durch den Ausbau von Krankenhäusern und Impfprogrammen.
- Bekämpfung von Pandemien: Globale Zusammenarbeit bei der Prävention und Bekämpfung von Infektionskrankheiten.

12.6. Frieden und Sicherheit

- Konfliktprävention: Förderung von friedlichen Konfliktlösungen und Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen.
- Humanitäre Hilfe: Schnelle und effektive Unterstützung in Krisen- und Katastrophensituationen.
- Fluchtursachen bekämpfen: Langfristige Maßnahmen zur Bekämpfung von Flucht und Migration, z. B. durch wirtschaftliche Perspektiven und politische Stabilität.

12.7. Demokratie und Menschenrechte

- Demokratieförderung: Unterstützung von demokratischen Strukturen und freien Wahlen.

- Menschenrechte schützen: Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere von Minderheiten und politisch Verfolgten.
- Korruption bekämpfen: Förderung von Transparenz und guter Regierungsführung.

12.8. Digitale Transformation

- Digitalisierung fördern: Unterstützung beim Aufbau digitaler Infrastrukturen und Zugang zu digitalen Technologien.
- Bildung und Innovation: Förderung von digitaler Bildung und innovativen Lösungen in Entwicklungsländern.
- Datenschutz und Cybersicherheit: Unterstützung beim Aufbau von Datenschutz- und Cybersicherheitsstandards.

12.9. Europäische und internationale Zusammenarbeit

- EU-Entwicklungspolitik: Aktive Mitgestaltung der europäischen Entwicklungspolitik und Förderung von gemeinsamen Projekten.
- Multilaterale Zusammenarbeit: Stärkung von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank und der WHO.
- Globale Partnerschaften: Ausbau von Partnerschaften mit Schwellenländern und regionalen Organisationen.

12.10. Fazit: Entwicklungspolitik als Investition in die Zukunft

- Entwicklungspolitik als Beitrag zu globaler Gerechtigkeit, Frieden und Nachhaltigkeit.
- Verantwortung für eine gerechte und solidarische Weltgemeinschaft.

Bildungspolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

13.1. Präambel: Bildung als Schlüssel für individuelle und gesellschaftliche Entwicklung

- Bildung als Grundrecht und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.
- Ziel: Chancengerechtigkeit, Qualität und Zukunftsfähigkeit im Bildungssystem.
- Verantwortung des Einzelnen und der Solidargemeinschaft in Balance bringen.

13.2. Frühkindliche Bildung und Betreuung

- Ausbau der Kita-Plätze: Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Betreuungsplätzen.
- Qualität in Kitas verbessern: Senkung des Betreuungsschlüssels und Stärkung der frühkindlichen Bildung.
- Gebührenfreiheit: Schrittweise Einführung gebührenfreier Kitas für alle Familien.

13.3. Schule der Zukunft

- Chancengerechtigkeit: Abbau von Bildungsbarrieren und Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler.

- Ganztagsangebote: Ausbau von qualitativ hochwertigen Ganztagschulen.
- Digitale Bildung: Ausstattung aller Schulen mit moderner digitaler Infrastruktur und Integration digitaler Kompetenzen in den Lehrplan.
- Lehrkräfte gewinnen und halten: Verbesserung der Arbeitsbedingungen, höhere Bezahlung und mehr Fortbildungsmöglichkeiten.

13.4. Berufliche Bildung und duales System stärken

- Attraktivität der Berufsbildung: Stärkung des dualen Systems und bessere Verzahnung von Schule und Beruf.
- Durchlässigkeit fördern: Erleichterung des Wechsels zwischen beruflicher und akademischer Bildung.
- Innovation in der Berufsbildung: Anpassung der Ausbildungsinhalte an die Anforderungen der digitalen und nachhaltigen Wirtschaft.

13.5. Hochschulbildung und Wissenschaft

- Studienbedingungen verbessern: Ausbau der Kapazitäten an Hochschulen und Senkung der Betreuungsrelationen.
- Studienfinanzierung reformieren: Weiterentwicklung des BAföG zu einer elternunabhängigen Grundsicherung.
- Forschung fördern: Stärkung der Grundlagenforschung und Förderung interdisziplinärer Projekte.
- Internationalisierung: Ausbau von Austauschprogrammen und internationalen Kooperationen.

13.6. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung

- Weiterbildung fördern: Ausbau von Angeboten zur beruflichen und persönlichen Weiterbildung.
- Bildungsgutscheine: Einführung von finanziellen Anreizen für lebenslanges Lernen.
- Digitale Lernplattformen: Förderung von Online-Bildungsangeboten und digitalen Lernformaten.

13.7. Inklusion und Diversität

- Inklusive Bildung: Stärkung der Inklusion an Schulen und Hochschulen.
- Vielfalt fördern: Unterstützung von Maßnahmen zur Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.
- Geschlechtergerechtigkeit: Abbau von geschlechtsspezifischen Bildungsbarrieren.

13.8. Bildung und Digitalisierung

- Digitale Infrastruktur: Ausbau von Breitbandanschlüssen und WLAN in allen Bildungseinrichtungen.
- Medienkompetenz: Integration digitaler Kompetenzen in alle Bildungsbereiche.

- Digitale Lehr- und Lernmittel: Förderung der Entwicklung und Nutzung digitaler Bildungsmaterialien.

13.9. Bildung und Nachhaltigkeit

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE): Integration von Nachhaltigkeitsthemen in Lehrpläne und Curricula.
- Umweltbewusstsein fördern: Stärkung von Projekten und Initiativen zur Umweltbildung.
- Nachhaltige Schulen: Förderung von Energieeffizienz und ökologischer Ausrichtung von Schulgebäuden.

13.10. Fazit: Bildung als liberale und solidarische Aufgabe

- Bildung als zentrales Element einer gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft.
- Verantwortung, Innovation und Solidarität als Leitprinzipien einer modernen Bildungspolitik.

Europapolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

14.1. Präambel: Europa als Projekt der Freiheit und Solidarität

- Europa als Garant für Frieden, Wohlstand und Freiheit.
- Ziel: Stärkung der Europäischen Union als handlungsfähige, demokratische und solidarische Gemeinschaft.
- Verantwortung für ein vereintes Europa, das globale Herausforderungen meistert.

14.2. Stärkung der europäischen Demokratie

- Mehr Bürgerbeteiligung: Ausbau von direktdemokratischen Elementen, z. B. durch Stärkung der Europäischen Bürgerinitiative.
- Transparenz und Effizienz: Reform der EU-Institutionen für mehr Bürgernähe und Entscheidungsfähigkeit.
- Europäisches Parlament stärken: Erweiterung der legislativen Befugnisse des Parlaments.

14.3. Wirtschafts- und Währungsunion

- Stabilität und Solidarität: Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion mit klaren Regeln und solidarischen Mechanismen.
- Europäischer Haushalt: Stärkung des EU-Haushalts zur Finanzierung gemeinsamer Prioritäten wie Klimaschutz und Digitalisierung.
- Steuergerechtigkeit: Einführung einer einheitlichen Unternehmensbesteuerung und Bekämpfung von Steuerdumping.

14.4. Soziales Europa

- Europäischer Sozialstaat: Stärkung sozialer Rechte und Mindeststandards in der EU, z. B. durch einen europäischen Mindestlohn.
- Arbeitsmarktintegration: Förderung der Freizügigkeit und Anerkennung von Berufsabschlüssen.
- Sozialer Ausgleich: Unterstützung von Regionen und Bevölkerungsgruppen, die von wirtschaftlichen Umbrüchen betroffen sind.

14.5. Klima- und Umweltpolitik

- Europäischer Green Deal: Ambitionierte Umsetzung des Green Deals zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050.
- Nachhaltige Wirtschaft: Förderung von Innovationen und Investitionen in grüne Technologien.
- Kreislaufwirtschaft: Ausbau von Recycling und Ressourceneffizienz in der EU.

14.6. Digitale Transformation

- Digitaler Binnenmarkt: Vollendung des digitalen Binnenmarkts und Förderung von digitalen Start-ups.
- Künstliche Intelligenz: Entwicklung einer europäischen Strategie für ethische und innovative KI-Anwendungen.
- Cybersicherheit: Stärkung der europäischen Cybersicherheitsarchitektur und Datenschutzstandards.

14.7. Sicherheit und Verteidigung

- Europäische Verteidigungsunion: Stärkung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- Zivile Krisenprävention: Ausbau von zivilen Missionen und Konfliktprävention.
- Terrorismusbekämpfung: Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei- und Sicherheitsbehörden.

14.8. Migration und Asyl

- Gemeinsame Asylpolitik: Einführung eines fairen und solidarischen Verteilungssystems für Geflüchtete.
- Grenzschutz: Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex unter Wahrung der Menschenrechte.
- Integration fördern: Unterstützung von Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten.

14.9. Außen- und Nachbarschaftspolitik

- Erweiterung und Vertiefung: Unterstützung einer erweiterten und vertieften EU, die ihre Nachbarn einbindet.
- Globale Rolle der EU: Stärkung der EU als globaler Akteur in der internationalen Politik.

- Partnerschaften: Ausbau von strategischen Partnerschaften mit afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern.

14.10. Fazit: Europa als liberale und solidarische Gemeinschaft

- Europa als Modell für Frieden, Freiheit und Wohlstand.
- Verantwortung für ein starkes, demokratisches und zukunftsfähiges Europa.

Energiepolitik der DiG – Deutschland im Gleichgewicht

15.1. Präambel: Energie als Grundlage für Wohlstand und Nachhaltigkeit

- Energiepolitik als Schlüssel für Klimaschutz, wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit.
- Ziel: Klimaneutralität bis 2045 durch eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung.
- Verantwortung für eine zukunftsfähige Energiepolitik, die Innovation und Solidarität verbindet.

15.2. Ausbau erneuerbarer Energien

- Beschleunigung der Energiewende: Ambitionierter Ausbau von Wind- und Solarenergie.
- Flächen und Genehmigungen: Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und Bereitstellung von ausreichend Flächen für erneuerbare Energien.
- Energieautarkie: Förderung dezentraler Energieerzeugung, z. B. durch Bürgerenergieprojekte.

15.3. Energieeffizienz und Einsparungen

- Gebäudesanierung: Förderung von energetischen Sanierungen im Wohn- und Gewerbebau.
- Industrielle Effizienz: Unterstützung von Unternehmen bei der Steigerung der Energieeffizienz.
- Verbraucher stärken: Anreize für energieeffizientes Verhalten und Nutzung moderner Technologien.

15.4. Netzausbau und Infrastruktur

- Stromnetze modernisieren: Ausbau und Digitalisierung der Stromnetze für eine sichere Energieversorgung.
- Energiespeicher fördern: Investitionen in Speichertechnologien, z. B. Batterien und Wasserstoff.
- Ladeinfrastruktur: Ausbau von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge.

15.5. Wasserstoff und innovative Technologien

- Wasserstoffstrategie: Förderung von grünem Wasserstoff als Schlüsseltechnologie für Industrie und Verkehr.
- Forschung und Entwicklung: Unterstützung von Innovationen in der Energietechnologie.

- Internationale Zusammenarbeit: Aufbau von Wasserstoffpartnerschaften mit anderen Ländern.

15.6. Kohleausstieg und sozialer Ausgleich

- Kohleausstieg umsetzen: Einhaltung des Kohleausstiegsplans bis spätestens 2038, möglichst früher.
- Strukturwandel gestalten: Unterstützung der betroffenen Regionen durch Investitionen und neue Arbeitsplätze.
- Sozialer Ausgleich: Sicherstellung, dass die Energiewende für alle bezahlbar bleibt.

15.7. Energiepreise und soziale Gerechtigkeit

- Bezahlbare Energie: Sicherstellung von stabilen und fairen Energiepreisen für Haushalte und Unternehmen.
- Entlastung für einkommensschwache Haushalte: Sozialverträgliche Gestaltung der Energiepreise.
- Transparenz und Wettbewerb: Stärkung des Wettbewerbs im Energiemarkt.

15.8. Europäische und internationale Zusammenarbeit

- Europäische Energieunion: Stärkung der europäischen Zusammenarbeit in der Energiepolitik.
- Internationale Partnerschaften: Ausbau von Energiepartnerschaften mit anderen Ländern, z. B. für grünen Wasserstoff.
- Globale Verantwortung: Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Energiewende.

15.9. Bürgerbeteiligung und Akzeptanz

- Bürgerenergieprojekte: Förderung von Energiegenossenschaften und Bürgerbeteiligung.
- Transparenz und Dialog: Stärkung der Akzeptanz durch transparente Entscheidungsprozesse und Bürgerdialoge.
- Energiebildung: Förderung von Bildungsprogrammen zur Energiewende.

15.10. Fazit: Energiepolitik als Chance für die Zukunft

- Energiepolitik als Treiber für Innovation, wirtschaftliche Stärke und Klimaschutz.
- Verantwortung für eine nachhaltige und sichere Energieversorgung.

16: Kryptopolitik und Technologieoffenheit

Deutschland soll im digitalen Zeitalter eine Vorreiterrolle einnehmen, indem es Innovationen fördert, Rechtssicherheit schafft und faire Rahmenbedingungen für Kryptowährungen, Blockchain-Technologie und digitale Zukunftstechnologien etabliert. Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Chancen zu nutzen, Verbraucherschutz zu gewährleisten und nachhaltige Finanzierungsmodelle zu entwickeln.

16.1. Förderung von Krypto- und Blockchain-Technologien

- Forschungs- und Entwicklungsförderung:
- Staatliche Unterstützung für Blockchain-Projekte in den Bereichen DeFi (Decentralized Finance), digitale Identität, Smart Contracts und nachhaltige Energieanwendungen.
- Gründung eines „Deutschen Blockchain-Instituts“ zur Koordination von Forschung, Regulierung und Wirtschaftskooperation.
- Start-up-Förderung:
- Gründungszuschüsse und steuerliche Anreize für Start-ups im Krypto- und Web3-Bereich.
- Einrichtung von „Digitalen Innovationszonen“ mit vereinfachten regulatorischen Bedingungen für Pilotprojekte.

16.2. Finanzierung und Investitionssicherheit

- Unterstützung deutscher Krypto-Unternehmen:
- Öffentlich-private Partnerschaften zur Finanzierung von Blockchain-Infrastruktur.
- Einführung eines „Digitalen Zukunftsfonds“ für Investitionen in dezentrale Technologien.
- Banken und Krypto:
- Erleichterter Zugang zu Bankdienstleistungen für lizenzierte Krypto-Unternehmen.
- Klare Regulierung für Stablecoins und Security-Token, um Marktstabilität zu gewährleisten.

16.3. Steuerliche Regelungen für Kryptowährungen

- Vereinfachte Besteuerung:
- Abschaffung der 1-Jahres-Haltedauer-Frist für steuerfreie Gewinne (stattdessen: Freigrenze bis 5.000 € pro Jahr).
- Klare Regelungen für Staking, Mining und DeFi-Erträge (keine pauschale Besteuerung als sonstige Einkünfte).
- Mehrwertsteuerbefreiung für Kryptokäufe:
- Keine Mehrwertsteuer auf den Kauf und Verkauf von Kryptowährungen (analog zu Devisengeschäften).
- Steuerliche Anreize für Unternehmen:
- Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Blockchain-Infrastruktur.

16.4. Verbraucherschutz und Transparenz

- Regulierung von Kryptobörsen:
- Verpflichtende Lizenzierung nach EU-weiten Standards (MiCA-Regulierung).
- Einführung eines „Krypto-TÜVs“ für Sicherheits- und Betrugsprävention.
- Bildung und Aufklärung:
- Staatliche Informationskampagnen zu Risiken und Chancen von Kryptowährungen.
- Integration von Blockchain- und Finanzbildung in Schul- und Hochschulcurricula.

16.5. Internationale Zusammenarbeit & Digitale Souveränität

- Deutschland als europäischer Krypto-Hub:
- Aktive Mitgestaltung der EU-Kryptoregulierung (keine Überregulierung, aber klare Standards).

- Förderung des digitalen Euros (CBDC) unter Wahrung der Privatsphäre.
- Anti-Geldwäsche (AML):
- Strikte, aber praktikable Compliance-Regeln für Krypto-Unternehmen.

Ziel:

Deutschland soll ein attraktiver Standort für Blockchain- und Krypto-Innovationen werden – mit klaren Regeln, fairen Steuern und einer offenen Haltung gegenüber Zukunftstechnologien.

- Deutschland im Gleichgewicht – Für eine digitale Zukunft mit Innovation und Sicherheit.

Dieses Parteiprogramm wurde auf dem Gründungsparteitag am 31. Mai 2025 in Chemnitz einstimmig beschlossen.